

revista

linke zeitung für politik und kultur aus celle

ausgabe
nummer 28

September / Oktober 2005



Außerdem:

Geschichtspolitik "Straße des 8. April" - "Eurasische Landbrücke" contra "Globalisierung" auch in Celle - Celler Anti-AKW-Initiative wendet sich an Wahlkreiskandidaten - Castor-Demo am 5.11. in Lüneburg - 10 Jahre Tauschring Celle - Lokales - Meldungen - Einwände gegen Illusionen über Armut und Reichtum im Kapitalismus - Leserbrief - Menschenflug - Gerd Bedszent: "Meuterei vor Troja" - Gila Lustiger: "So sind wir" - Das jüdische DP-Camp Belsen 1945-1948 - Termine

Inhalt

Geschichtspolitik	
"Straße des 8. April"	Seite 03
"Eurasische Landbrücke"	
contra "Globalisierung"	
- auch in Celle	Seite 04
Celler Anti-AKW-Initiative	
wendet sich an	
Wahlkreiskandidaten	Seite 05
Castor-Demo am 5.11.	
in Lüneburg	Seite 05
10 Jahre Tauschring Celle	Seite 06
Diskussion um die Linkspartei	Seite 08
Lokales -Meldungen	Seite 12
Einwände gegen Illusionen	
über Armut und Reichtum	
im Kapitalismus	Seite 17
Leserbrief	Seite 18
Literatur	
Menschenflug	Seite 19
Gerd Bedszent:	
"Meuterei vor Troja"	Seite 20
Gila Lustiger:	
"So sind wir"	Seite 20
Das jüdische DP-Camp	
Belsen 1945-1948	Seite 21
Termine im Kino 8¹/₂	Seite 22
Termine	Seite 23

Impressum:

Revista, Nr.28

Erscheinungsweise: alle 2 Monate, liegt kostenlos in diversen Kneipen und Läden aus, kann aber auch gerne gegen Portokosten abonniert werden (5 Stück für 5,- Euro).

Postanschrift: Revista, c/o Buntes Haus, Postfach 1329, 29203 Celle

email: Revista@gmx.de .V.i.S.d.P.: Ralf Hübner

Konto: SKI, Sparkasse Celle, BLZ 25750001

K-Nr.: 108 099 698, Stichwort "Revista"

Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personenkürzel gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder!

<http://mitglied.lycos.de/Revista/>

Hallo liebe Leute,

zur fiktiven Diskussion um die Linkspartei ist uns wichtig zu sagen, dass wir jetzt nicht total bekloppt geworden sind und uns im stillen Kämmerlein vor lauter Vereinsamung Gespräche ausdenken müssen! Vielmehr gab's in der "Szene" diverse Gespräche zu dem Thema und die verschiedenen Positionen wurden auch tatsächlich vorgebracht.

Wer sich ein wenig auskennt in der "Szene" hat bei der fiktiven Diskussion vielleicht auch die entsprechenden Personen vor dem geistigen Auge - Irrtümer nicht ausgeschlossen.

Viel Spass beim Lesen

Eure revista-Redaktion



Liebling der Ausgabe:

1. (-) **Gert-Wilhelm Gonell**
"Herrchen"
2. (4) **Peter Struck**
für Warnschüsse auf Erwerbslose
3. (-) **Sebastian Biermann**
Polizei is' selba schuld
4. (1) **Martin Biermann**
"das Schärfste und Hammerhärteste"
5. (-) **Manfred Wolf**
kein Freund von sibirischen Kleingärten

Geschichtspolitik

"Straße des 8. April"

Gewissermaßen als Nachschlag zum Gedenken an den 60. Jahrestag der so genannten Hasenjagd, also des Massakers an KZ-Häftlingen in Celle am 8. April 1945, initiierten die Bündnisgrünen eine Debatte um die Benennung einer Straße in Neuenhäusern. Einen im Zuge von Straßenbaumaßnahmen entstandenen Teil zwischen dem Kreisel Wiesenstraße und Windmühlenstraße wollten sie zur Erinnerung an dieses Verbrechen "Straße des 8. April" benannt wissen. Der Stadtrat lehnte dies Anfang Juli gegen die Stimmen von Bündnisgrünen und SPD ab.

Die Debatte zeigte dreierlei: Der lokale Geschichtsrevisionismus ist zwar in Teilen der Bevölkerung noch lebendig, ihn aber noch in der CDU verankert zu sehen, wäre irreführend - die Gefahr lauert an anderer Stelle.

Wie brisant "Erinnerungspolitik" sein kann, zeigte sich vor allem auf der Sitzung des Ortsrates Neuenhäusern. Die Möglichkeit zu einer "Bürgerdiskussion" wurde vor allem von einigen alten Männern genutzt, die wortreich alles in Frage stellten, was als gesicherte Erkenntnis über jenen 8. April gelten kann. Aus ihrer Sicht hatten alle Beteiligten "nur ihre Pflicht getan"; es wären "verurteilte Straftäter" gewesen, die sich im Zug befanden, und derer zu gedenken deshalb fragwürdig; auch hätten sich ja nur wenige Celler an der "Hasenjagd" beteiligt, die im übrigen gar nicht stattgefunden habe.

Ein kleiner kommunalpolitischer Witz war dann das Abstimmungsverhalten. Durch das Fehlen eines FDP-Ortsratsmitglied war eigentlich ein Patt gegeben, vier Stimmen bei der CDU, vier bei SPD und Bündnisgrünen. Deshalb fand der Bündnisgrüne Antrag keine Mehrheit, weil 4:4. Eigentlich hätte es dann auch dem Verwaltungsvorschlag so ergehen müssen. Doch in dieser Abstimmung enthielt sich Wolfgang Zwaan von der SPD und die Verwaltung hatte mit

den vier CDU-Stimmen eine Ortsratsmehrheit für ihren Vorschlag, nämlich "Neuenhäuser Straße".

In der Lokalpresse, aber auch in der "taz" und beim "NDR" wurde berichtet. Die Argumente waren ausgetauscht, als es am 7.7. in der Ratssitzung in die Debatte und Abstimmung ging. Neue Argumente hatten die Bündnisgrünen hier nicht vorzubringen. Gerhard Vasterling brachte zum Ausdruck, dass man die Gelegenheit, eine Straße am Ausgangspunkt des Verbrechens nach dem Ereignis zu benennen, beim Schopfe packen sollte. Der Ortsbürgermeister Joachim Ehlers (CDU) dagegen machte sich für eine Benennung "Neuenhäuser Straße" stark. Seine Begründung: Der Ausbau dieser Straße habe für viel Streit gesorgt, deshalb könne vielleicht am Ende die Benennung nach dem Stadtteil für ein bisschen Versöhnung sorgen. Für die SPD befürwortete Jens Rejmann den Bündnisgrünen Antrag als Chance, "nachhaltig zu erinnern" und eine Gedenkkultur zu schaffen, "die nicht nur temporär" ist. Joachim Falkenhagen brachte vor, dass die FDP einen eigenen Vorschlag habe, nämlich "Marienstraße", wobei an jene beim Bombenangriff völlig zerstörte und damit aus dem Adressbuch verschwundene Straße erinnert würde. Für die CDU sprach zunächst Joachim Hartig. Er vertrat die Auffassung, dass eine Form wie "Straße des ..." gewöhnlich nur für Ereignisse und Umbrüche genutzt würde, die man rühmen wolle. Insoweit sei im schlimmsten Falle nicht mal auszuschließen, dass sich Neonazis positiv auf eine "Straße des 8. April" beziehen könnten. Das wiederum brachte Bernd Zobel von den Bündnisgrünen sehr auf; er erinnerte an die Stimmen von Bürgern während der Ortsratssitzung, die sich mit Sprüchen wie "jeder habe nur seine Pflicht getan" äußerten - gerade deshalb, also wegen des Problems von alten und neuen Nazis sei die Straßenbenennung nach dem Verbrechen wichtig.



Ein vergleichsweise nachdenklicher Beitrag kam von Wulf Haack (CDU). Er referierte die Geschichte der Entstehung des Mahnmals in den Triftanlagen und bekannte sich zur Notwendigkeit des Erinnerns. Er räumte ausdrücklich Versäumnisse von Politik und Verwaltung ein, denen es erkennbar nicht gelungen sei, das aus seiner Sicht "künstlerisch herausragende" Mahnmal öffentlichkeitswirksam zu verankern. Für die CDU stehe es trotzdem im Zentrum der Erinnerung, man müsse sich Gedanken machen, wie die Wahrnehmung gesteigert werden könne.

Der CDU vorzuwerfen, sie drücke sich vor einer erinnerungspolitischen Verantwortung, wäre angesichts einiger ja durchaus nachvollziehbarer Argumente falsch. Die "Schlachten" der 1980er Jahre sind geschlagen; es gibt einen nationalen Konsens in der Geschichtspolitik, der auch in dem Bekenntnis zur "deutschen Verantwortung" für die Verbrechen des Nationalsozialismus besteht.

Interessanter ist anderes: Erstmals wurde in diesem Jahr offensiv an einer Zweiteilung des Geschehens vom 8. April gearbeitet. Neben die Opfer des Nationalsozialismus traten auch die rund 800 beim Bombenangriff ums Leben gekommenen Celler. Die Bündnisgrünen verstanden ihren Antrag, so Ortsratsmitglied Juliane Schrader, als Symbol der Erinnerung für beide Opfergruppen. Das Abschlussstatement von OB

Biermann nahm darauf in gewisser Weise bezug: Am Tag des 8. April 1945, so Biermann, hätten sich zwei schreckliche Vorkommnisse ereignet. Zum einen sei es die Tragödie der unsinnigen Bombardierung von Celle; zum anderen ginge es um das danach stattfindende Verbrechen an den KZ-Häftlingen. Und weiter: Durch die von den Bündnisgrünen vorgeschlagene Straßenbenennung an dem Ort könne das Missverständnis erweckt werden, dass nur der Bombardierung gedacht werde. Die danach im gesamten Stadtgebiet stattgefundenene Tragödie werde nicht erfasst und drohe in Vergessenheit zu geraten. - Biermann ist nicht daran gelegen, nur der "Bombenopfer" zu gedenken, was übrigens der FDP-Antrag bedeutet hätte. Dennoch kehrt unwidersprochen eine Form der Relativierung in die Celler Gedenkpolitik ein: Man sieht kein Problem mehr darin, der Opfer aus der Tätergesellschaft in einem mit den Opfern ihrer Verbrechen zu gedenken. (Und den Bombenangriff angesichts der sich in der "Hasenjagd" äußernden Mentalität als "unsinnig" zu bezeichnen, macht nebenbei indirekt die Alliierten zu Tätern.) Gerade vor diesem Hintergrund sollte sich antifaschistische Erinnerungspolitik auf die Eindeutigkeit des Mahnmals in den Triftanlagen beziehen. Denn in der Tat hätte eine "Straße des 8. April" diese Eindeutigkeit vermissen lassen.

RR.

"Eurasische Landbrücke" contra "Globalisierung" – auch in Celle



"Die Eurasische Landbrücke als Ausweg aus Deutschlands Existenzkrise" ist nur eine Forderung der Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo). Sie tritt in der Celler Innenstadt mit beständiger Regelmäßigkeit, so auch am 26. Juli 2005, mit "Informationsständen" in Erscheinung. Die im Jahr 1992 gegründete BüSo ist eine Organisation des weltweit agierenden Netzwerkes des extrem rechten Lyndon H. LaRouche. Weitere Organisationen unter denen die LaRouche-Connection in Deutschland auftritt sind u.a. das Schiller-Institut oder die Europäische Arbeiter Partei.

Die BüSo-Programmatik ist durchdrungen von antisemitischem Gedankengut samt zugehöriger Verschwörungstheorien. So werden im BüSo-Organ "Neue Solidarität" vom 20. Juli 2005, das am erwähnten Infostand verteilt wurde, die Anschläge in London wie die vom 11. September 2001, im Kontext einer "Strategie der Spannung"

gesehen. Damit solle das Weltfinanzsystem vor dem Zusammenbruch gerettet werden. Nutznießer sei schließlich eine omnipotente "synarchistische Finanzoligarchie", die "kleinere unbedeutende" Frontgruppen für eigene Ziele instrumentalisieren. In dieser Weltsicht stehen schließlich Rote Armee Fraktion, Al-Qaida und diverse Neonazi-Organisationen in einer Traditionslinie.

Auch das eingangs genannte - doch etwas spleenige - Postulat nach einer "eurasischen Landbrücke" ist im Kontext der Verschwörungstheorien zu betrachten: ausgehend vom "produktivem Dreieck Berlin, Wien und Paris" solle über "Entwicklungskorridore ganz Europa (bis nach Moskau, Kiew und Istanbul; Anm. d. Autor) entwickelt werden". Dies bejubeln die Protagonisten als Gegenentwurf zur Globalisierung, die als Synonym für ein "anglo-amerikanisches Weltimperium" projiziert wird.

Propagandistisch so ausgestattet und mit der Bundesvorsitzenden Helga Zepp-LaRouche als Spitzenkandidatin will die BüSo zur im Herbst 2005 anstehenden Bundestagswahl antreten. Im Wahlkreis Celle erhielt die BüSo bei den Europawahlen im Juni 2004 33 Stimmen, bei den Bundestagswahlen im Jahr 2002 waren es 19.

"Gegen russisch Roulette"



Angesichts des Gau-Risikos, der ungeklärten Atommüllfrage und der Notwendigkeit einer solaren Revolution hat sich das Celler Forum gegen Atomenergie in einem Brief an die DirektkandidatInnen für den Bundestagswahlkreis Celle gewandt. Die Initiative hofft, die Kandidaten Dr. Peter Struck (SPD), Henning Otte (CDU), Annegret Pfütznier (Bündnis '90/Die Grünen), Dr. Albrecht Hoppenstedt (FDP) und Gert Brandes (Die Linkspartei) für das Thema sensibilisieren zu können.

Das Celler Forum gegen Atomenergie erklärt in dem zweiseitigen Papier, dass der "Atomkonsens" das Risiko eines Reaktorunfalls nicht gemindert habe. Die Wahrscheinlichkeit für einen Super-GAU in Europa liege bei 16 Prozent, was der Wahrscheinlichkeit entspreche, auf Anhieb eine 6 zu würfeln. Wörtlich heißt es weiter: "Wir fragen uns, warum die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker in Deutschland 'russisch Roulette' mit dem Leben von zehntausenden Menschen spielen. Wir halten die Diskussion darum, ob die Atomkraftwerke in Deutschland noch 20 oder 30 Jahre laufen, für absurd. Sie überdeckt das Wesentliche: Die wissentliche Inkaufnahme eines Super-GAUs."

Nicht nur wegen der regionalen Nähe zu Gorleben, sei der

Initiative auch das Atommüllthema ein wichtiges Anliegen, sagte der Sprecher Dietmar Siefert gegenüber der CZ. "Wir fordern die Politiker auf, die historische Dimension dieser Frage nicht länger auszublenden." Angesichts des Erfordernisses, den strahlenden Müll für mehrere hunderttausend Jahre sicher von Menschen, Tieren und Pflanzen abschirmen zu müssen, handele es sich um ein Menschheitsproblem. In der vergangenen Legislaturperiode des Bundestages habe es aber keine einzige ernsthafte Debatte zu diesem Problem gegeben.

Neben den Risiken und ungelösten Problemen sei der Initiative auch wichtig, auf die Notwendigkeit einer solaren Revolution hinzuweisen. Dem Klimawandel sei nicht anders zu begegnen als durch einen forcierten Umstieg in regenerative Energien. Gesellschaft, Politik und Wirtschaft befänden sich gedanklich immer noch im fossilen Zeitalter. "Wir würden es begrüßen, wenn die Energiepolitik im Wahlkampf ein Thema würde," meint Dietmar Siefert. "Es ist das Zukunftsthema des Planeten. Aus unserer Sicht beinhaltet das den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie wie auch aus der bisherigen Spielweise der regenerativen Energien kurzfristig ein ernsthaftes Zukunftsprojekt zu machen."

Wer den Brief lesen will, kann ihn unter forum-gegen-atomenergie@gmx.de anfordern.

Das Comeback der Anti-Atom-Sonne ...?

Castor-Demo am 5.11. in Lüneburg

Der angekündigte unumkehrbare Atomausstieg ist der rot-grünen Regierung in sieben Jahren gründlich misslungen. Nur die zwei kleinsten und ältesten von 19 Reaktoren gingen vom Netz. Die Atomlobby redet von der Renaissance der Atomkraft, Angela Merkel kündigt Laufzeitverlängerungen an und die FDP will neue Reaktoren. Es ist als längst an der Zeit, wieder selbst aktiv zu werden.

Der nächste Castor-Transport ins Wendland läuft in der ersten oder zweiten Novemberwoche. Unabhängig vom genauen Termin findet am Samstag, den 5.11., in Lüneburg eine von den Anti-AKW-Initiativen getragene bundesweite Demonstration gegen Atomkraft und für erneuerbare Energien statt. Von Celle aus werden wir diesmal deshalb nicht mit dem

Bus fahren, sondern mit dem "Schönes-Wochenende-Ticket" der Bahn nach Lüneburg fahren. Kosten pro TeilnehmerIn also knapp 6 Euro. Die genauen Abfahrtszeiten werden rechtzeitig bekannt gegeben. Wer über Celler Aktivitäten informiert werden will, schicke uns bitte eine mail an: forum-gegen-atomenergie@gmx.de

Am Dienstag, den 4. Oktober, wollen wir ab 20 Uhr im Bunten Haus vorstellen, welche Aktionen im Wendland geplant sind und diskutieren, ob und welche Aktivitäten wir vor Ort entwickeln können. Eine Idee ist, am Montagabend der Transportwoche in Celle eine Protestkundgebung durchzuführen.

10 Jahre Tauschring Celle

Rund 300 Tauschringe sind in den vergangenen zehn Jahren in Deutschland entstanden; der Celler Tauschring besteht im September 10 Jahre. Für revista nicht nur ein Anlass zu gratulieren, sondern auch um nachzufragen, wie er sich entwickelt hat und wo er heute steht. Und wer könnte die Fragen besser beantworten als Conny, die ihn ins Leben gerufen hat und heute noch dabei ist.



Rev: Für Leserinnen, die gar nichts mit dem Prinzip der Tauschringe anfangen können, kannst Du vielleicht beschreiben, worum es geht.

C: Ein Tauschring ist gewissermaßen eine organisierte Nachbarschaftshilfe, wobei die Grundlage der Nachbarschaft durch eine der Mitgliedschaft ersetzt ist. Leute helfen sich gegenseitig mit ihren Kenntnissen und Fertigkeiten. Manche Leute können ganz ordentlich klempnern oder Haare schneiden, andere passen gern auf Kinder auf oder können ein Fahrrad reparieren. Andere Sachen können sie nicht oder machen sie äußerst ungern. Das alles bewegt sich gewissermaßen in einem Pool von Angeboten und Nachfragen. Und das wird dann bei Bedarf, ohne dass Geld fließt, gegenseitig in Anspruch genommen. Verrechnet werden alle Leistungen mit der geleisteten Zeit, also der Stunden- und Minutenzahl, die dafür benötigt wurde. Bei uns in Celle ist jede geleistete Arbeit gleichwertig, also eine Stunde Fenster putzen ist genau so viel wert wie eine Stunde PC Reparatur.

Rev: Wie habt Ihr angefangen und was hat sich in den letzten zehn Jahren verändert?

C: Ich habe vor zehn Jahren einen Aufruf zur Gründung gestartet und mit einigen wenigen Leuten angefangen. An den Prinzipien hat sich im Kern in den letzten zehn Jahren nichts geändert. Irgendwann haben wir eine Jahresgebühr für die Verwaltung, das heißt insbesondere den Versand der Listen für Angebote und Nachfragen, eingeführt. Und wir haben zuletzt beschlossen, die Verwaltungsarbeiten, die ebenfalls in Stunden verrechnet werden, einmal im Jahr auf alle Mitglieder umzulegen. Die Mitgliederzahl hat sich relativ stetig auf den heutigen Stand erhöht. Im Augenblick bewegt sich die Mitgliederzahl so um die 100. Es gibt seit gut einem Jahr eine

Zweigstelle in Winsen. Und die Verwaltungsaufgaben, die ich über lange Zeit allein gemacht habe, sind mittlerweile auf verschiedene Schultern verteilt. Im Prinzip müssten wir mehr Leute werden, da man sagt, dass rund 250 Leute mitmachen müssten, damit der Pool an Angeboten und Nachfragen groß und attraktiv genug ist. Bei uns kommt es manchmal mit der Begründung zu Austritten, dass das eigene Angebot nicht nachgefragt wird oder es nicht gelingt, sofort jemanden für eine bestimmte Nachfrage finden.

Rev: In Zeitschriften wie "contrast" oder auf Treffen von Sozialforen wird die Tauschringidee ja häufig in der Richtung theoretisiert, dass es praktisch der Kern einer neuen Vergesellschaftung sei, eben weil es ohne Geld funktioniert. Wie wird das bei Euch gesehen?

C: In der Gründungsphase fand ich diese Richtung auch spannend, aber es hat mit der Wirklichkeit nur in Teilen etwas zu tun. Trotzdem setzen Tauschringe schon etwas in die Welt. Bei uns finde ich wichtig, dass jede Tätigkeit denselben Wert hat, der sich in der mit einer Tätigkeit verbrachten Zeit ausdrückt. Das ist nicht selbstverständlich, weil gesellschaftliche Normalität ist, dass ich für eine so genannte akademische Leistung mehr bezahle als fürs Putzen. Dann basiert ja auch alles auf Freiwilligkeit. Es gibt keinen Zwang, etwas zu machen. Aber es ist selbstverständlich klar: Wer Leistungen in Anspruch nimmt, sollte irgendwann für einen Ausgleich auf dem Stundenkonto sorgen. Das gilt auch andersrum: Wer viel macht, sollte sich irgendwann bei irgendwas auch mal helfen lassen.



Rev: Wie groß oder wie häufig sind die Aktivitäten innerhalb des Tauschrings?

C: Da darf man sich nichts Weltbewegendes vorstellen. Durchschnittlich dürfte es weniger als eine Stunde pro Monat und Mitglied sein. Wobei es aber so ist, dass einige Mitglieder sehr viel machen und in Anspruch nehmen und andere nur gelegentlich. Das entwickelt sich aus meiner Sicht vielfach auch eher über den sozialen Kontakt als über die formale Angebots- und

Nachfrageliste. Die Mitglieder, die regelmäßig zu den Monatstreffen kommen und sich kennen, nehmen gegenseitig die Kenntnisse und Fähigkeiten der anderen häufiger in Anspruch als jene, die nicht wissen, wer eigentlich das Angebot macht oder die Nachfrage hat. Das ist eben auch eine Frage der Kommunikation. Wenn ich weiß, die Brigitte kann super Haare schneiden, weil ich's bei der Anneliese schon gesehen habe, oder die Susanne mal den Walter lobt, weil er ihren Rechner von Viren befreit hat, dann befördert das Tauschaktivitäten.

Rev: Welche Leute machen beim Celler Tauschring mit?

C: Grob gesagt mehr Frauen als Männer. Das Altersspektrum ist ziemlich weit, also tatsächlich von 20 bis über 80. Aber die große Mehrheit dürfte so zwischen 40 und 65 Jahre alt sein.

Rev: Also eher Leute, die die Hochzeiten der Alternativbewegung mitbekommen haben?

C: Theoretisch ja. Aber die Vorstellung von einer homogenen Gruppe ehemaliger Latzhosenträger ist absolut falsch. Es sind Leute mit unterschiedlichsten Hintergründen, beruflich und von ihrer Lebenssituation. Was den meisten wohl gemeinsam ist, dass sie sich gern auf etwas Neues einlassen.

Rev: Du hast zum Eingang den Begriff Nachbarschaftshilfe benutzt. Das hat ja auch eine soziale Komponente.

C: Ja. Das ist sehr wichtig. Nachbarschaftshilfe ist ja heute im städtischen Bereich eher selten geworden ist, weil die Mobilität doch groß ist. Leute ziehen zu, Leute ziehen weg. Die Distanz zu Nachbarn ist - im Unterschied zu den 50er und 60er Jahren - eher die Normalität. Auch die Straßenfeste, die vor einigen Jahren mal einen Boom hatten, sind scheinbar wieder rückläufig. Der Tauschring ersetzt in gewisser Weise, was man mal als Nachbarschaftshilfe kannte. Wer bei irgend-

was eine Hilfe braucht, kann darüber hoffen, dass sich dafür jemand findet. Über die Tauschaktivitäten lernen sich die Leute besser kennen und wenn sie was miteinander anfangen können, entwickeln sich auch Kontakte, die über die Tauschebene hinausgehen.

Rev: Vor dem Hintergrund der Massenerwerbslosigkeit und der Krise des Kapitalismus - wie siehst Du die Zukunft von Tauschringen?

C: Ich kann ja eigentlich nur den Celler Tauschring beurteilen. Vordergründig lassen sich da keine Bezüge herstellen. Es ist also nicht so, dass jetzt Erwerbslose in unseren Tauschring drängen. Klar spielt es für viele eine Rolle, dass sie sich bestimmte Sachen nicht leisten können oder wollen. Um ein Beispiel zu nennen: Für eine ältere Frau mit einer kleinen Rente ist es eine wirkliche Hilfe, wenn ihr jemand an einem Ort eine Glühbirne austauscht, wo sie selbst einfach nicht mehr hinkommt. Müsste sie einen Elektriker bestellen, würde das gleich 20, 30 Euro kosten. Wichtiger finde ich da tatsächlich, dass das, was im Tauschring läuft, ein kleines bisschen den üblichen Prinzipien des Marktes widerspricht. Damit meine ich neben der Gleichwertigkeit der Tätigkeiten auch, dass sich das Geben und Nehmen nicht so anonym vollzieht, wie wir es ansonsten erleben. Ich denke aber nicht, dass Tauschringe in nächster Zukunft mehr sein werden als eine Form alternativer Nachbarschaftshilfe.

Rev: Wie stellt man es an, wenn man mitmachen will?

C: Am besten ist es, zu einem der monatlichen Treffen in die Familienbildungsstätte zu kommen. Da lernt man gleich einige der Aktiven kennen, da kann man sich seine Fragen beantworten lassen.

Eine Möglichkeit, den Tauschring kennen zu lernen, bietet sich am Samstag, den 10.09.2005, zwischen 14 und 20 Uhr in der Familienbildungsstätte in der Fritzenwiese 9, wo es ein besonderes Treffen zum Zehnjährigen gibt. Weitere Termine und Kontaktadressen gibt es über www.tauschring-celle.de

Angie - wo wird das hinführen? CDU kann kein Englisch

Mit der alten Stones-Ballade "Angie" versucht(e) die CDU bei Wahlkampfauftritten ihrer Kanzlerkandidatin das "Volk" einzuheizen. Eigentlich putzig, weil's deutlich macht, dass die PISA-Katastrophe in der CDU-Parteizentrale angekommen ist. Bei "Angie" handelt es sich unüberhörbar um eine depressive Trennungsgeschichte. Um eine Zeile wie: "With no loving in our souls and no many in our coats / You can't say we're satisfied" für einen Wahlkampfhit zu halten, muss man in Englisch oft gefehlt haben. Aber ist ja egal: Hauptsache man bekommt brutto genug ausgezahlt. - "Angie" ist übrigens auf dem Album "Goat's Head Soup"; vielleicht ist "Ziegenkopfsuppe" ja Merkels Lieblingsgericht, nach Kohls "Saumagen" kann uns wenig überraschen.



"... drum links zwei, drei - wo dein Platz, Genosse ist ..."

Diskussion um die Linkspartei

Nachdem wir uns entschlossen hatten, noch vor der Bundestagswahl ein Heft herauszubringen, war klar, dass auch was zum Thema >Linkspartei< kommen muss. Da alles andere mühsamer gewesen wäre, haben wir uns einfach ein Streitgespräch ausgedacht. Da kann dann jede und jeder herauslesen, was sie und er in Sachen Wahlgang sowieso machen wollte. Wir wollen aber ein kleines Nachdenken darüber anregen, warum man das eine tut oder das andere lässt.

Kurz zum diskutierenden Personal: Da haben wir Walter (40), erwerbsloser Industriekaufmann, WASG-Aktivist. Er ist zwar von vielem gefrustet, was in der Partei abgeht, wirbt aber unermüdlich für das Projekt. Arthur (48), erwerbsloser Soziologe, hält in diesem Falle nicht das Maul, sondern äußert von einer anarcho-syndikalistischen Bewegungswarte aus einige Skepsis. Stefanie (51), Erwachsenenbildnerin, die im KBW mal für die Vereinigung der Proletarier aller Länder kämpfte, findet es eher gut, wenn der neoliberale Konsens einen Widerpart erhält. Gunnar (33), Heilerziehungspfleger, streitet gern ums richtige und falsche Argument und fühlt sich in dieser Runde fast Fehl am Platze.



Rev: Fragen wir erstmal das WASG-Mitglied. Warum sollen wir "Die Linkspartei" wählen?

W: Ihr sollt sie am besten nicht nur wählen, sondern Mitglied werden und damit die Richtung m i t b e s t i m m e n .

Wählen wäre aber

auch schon was. Ich denke, mit der Linkspartei tut sich eine Chance auf. Viele Menschen in Deutschland, insbesondere die Verlierer des neoliberalen Regierungskurses fühlen sich durch die alten Parteien nicht mehr vertreten. Die werden jetzt zur Wahl gehen und darauf hoffen, dass es eine bissige Opposition gibt, die ihrer Lebenssituation in der Öffentlichkeit wieder eine Stimme gibt.

A: Und wenn sie ihre Stimme abgegeben haben, haben sie nichts mehr zu sagen. Sie delegieren ihre Interessen an eine Partei, statt selbst für diese Interessen zu kämpfen. Die >Grünen< haben in den 80er Jahren ja sogar mal vertreten, sie seien nicht nur Vertreter von Wählern, sondern sogar von Bewegungen - ihr erinnert Euch an die Phrase von Spielbein und Standbein, also das der Parlamentarismus gewissermaßen nur die außerparlamentarische Bewegung zu unterstützen habe. Die vergangenen zwei Jahrzehnte haben das auf den Kopf gestellt. Die >Linkspartei< hat ja nicht mal mehr eine Spur von Kritik am Parlamentarismus und der repräsentativen Demokratie. Über die Inhalte werden wir ja später noch reden. Ihr seht, ich habe keine Hoffnungen, kann aber nachvollziehen, dass Leute aus ihren Ohnmachtsgefühlen heraus auf die >Linkspartei< setzen.

S: Wir kommen ja nicht daran vorbei, dass es in einer Mediengesellschaft ganz nützlich sein kann, wenn es eine linke Parlamentsfraktion gibt. Bis 2002 hat die PDS-Fraktion es verstanden, mit den Mitteln des Parlamentarismus in öffentliche Debatten einzugreifen und hat z.B. in der Sozialpolitik oder im Antifa-Bereich linke Argumente platzieren können. Und - ganz pragmatisch gesprochen: Eine im Bundestag vertretene Partei verfügt auch über einen Haufen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Geld, um linke Projekte inhaltlich und materiell zu unterstützen.

G: Wer wählen geht, gibt nicht vor allem seine Stimme ab, sondern er stimmt zu. Er bejaht mit dem Wahlakt, dass es eine Regierung, eine Herrschaft geben soll, denn darum geht's beim Wählen. Er bejaht die Herrschaftsform der Demokratie.

W: Wer die >Linkspartei< wählt, tut dies doch nicht in der Hoffnung, sie würde die Regierung stellen, sondern die wollen eine starke Opposition.

G: ..., die sich an die Spielregeln der bürgerlichen Demokratie hält. Dadurch, dass die Parlamentarier sich am vermeintlichen Aushandeln von Interessen beteiligen, stimmen sie grundsätzlich dieser Form des so genannten Interessenausgleichs zu. Die Botschaft über allem ist: Es muss eine Regierung geben und einen Staat.

W: Das ist mir zu grundsätzlich. Es gibt eine Regierung und einen Staat. Das sind für mich Rahmenbedingungen.

Rev: Fragen wir jenseits des Grundsätzlichen. Gibt es inhaltliche Schnittstellen zwischen der radikalen Linken und der >Linkspartei<?

A: Der Wahlprogrammwurf der >Linkspartei< kommt aus meiner Sicht recht harmlos daher. Da gibt es viele Übereinstimmungen mit dem, was die Bündnisgrünen noch 1998

in ihrem Katalog hatten - plus eine linkskeynesianisch formulierte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Ein bisschen ins Staunen komme ich, weil's eher den Anschein eines Regierungs- als eines Oppositionsprogramms hat. Wo Forderungen konkret werden, riecht man den Kompromiss des Machbaren. Ich denke, es ist bezeichnend, wenn im letzten Satz nicht gesagt wird, dass ein anderes Leben her muss, sondern man eine "andere Politik" will. Bei den Haltungen gibt's schon einen großen Unterschied zur radikalen Linken. Unser Leitsatz ist ja volksnah formuliert: "Bescheidenheit ist eine Zier, doch besser leb ich ohne ihr." Die >Linkspartei< steht aus meiner Sicht für eine >Bescheidenheit<, die ich programmatisch nicht teile.

W: Der Programmentwurf ist kein Revolutionsmanifest, weil er keins sein will. Ich finde es richtig, dass wir in der Wirtschafts- und Außenpolitik beschreiben, wie eine andere Richtung eingeschlagen werden kann, die die Zustimmung einer gesellschaftlichen Mehrheit finden könnte. Und Du kannst nicht übersehen, dass wir Forderungen der sozialen Bewegungen aufnehmen - auch in so unpopulären Bereichen wie der Flüchtlingspolitik.

S: Angesichts der Krise der Linken in Deutschland können wir uns fast glücklich schätzen, dass einige unserer Forderungen unverwässert ins Wahlprogramm der >Linkspartei< gerutscht sind. Ich halte das nicht für selbstverständlich. Und glaube auch, dass einige wichtige Orientierungspunkte gesetzt sind, z.B. in Sachen Grundeinkommen, gegen Ein-Euro-Jobs, für eine Steuerpolitik zu Lasten der Besserverdienenden und Reichen. Das macht deutlich, wofür die Linke in konkreten Fragen steht.

G: Das Programm ist ein sozialdemokratischer, meinerwegen linkssozialdemokratischer Zustimmungskatalog. Das hat mit >links< im parlamentarischen Sinne zwar viele, mit den Zielen einer sozialistischen oder kommunistischen Bewegung aber nichts zu tun. Noch mal in Kürze: Der Kern der Kritik müsste sein: "... alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist." Dagegen heißt es - fast schon niedlich - in der Präambel: "Wir wollen eine bessere Gesellschaft. Eine, in der Schwache nicht länger schwach, Einzelne nicht länger allein, Arbeitsuchende nicht länger arbeitslos, Fremde nicht länger fremd und Abhängige nicht länger wehrlos bleiben." Das ist Rio Reiser für Arme, aber keine Gesellschaftskritik.

W: Bei Dir hat man immer das Gefühl, man ist ein Idiot, wenn man für höhere Löhne kämpft.

G: Nee, nee. Das soll man schon tun. Nur soll man sich dabei nicht einbilden, man würde die Welt verändern.

S: Vor der >Weltveränderung< kann man ja mal für seine Interessen eintreten.

G: Nur, wenn das Interesse die >Weltveränderung< ist, sollte man keine Verbesserungsvorschläge für die möglichst



reibungslose Auszahlung des Arbeitslosengeldes machen.

Rev: Da kommt jetzt scheinbar nicht zusammen, was aber vielleicht ja auch nicht zusammen gehört. Gehen wir trotzdem mal ins Detail. Was haltet Ihr von den Forderungen zu den Hartz-Gesetzen. Kannst Du kurz zusammenfassen, was drin steht?

W: Als erste Schritte zu einer tatsächlichen Grundsicherung fordern wir eine Anhebung des Arbeitslosengeldes II auf mindestens 420 Euro in Ost und West zuzüglich der Kosten der Unterkunft, höhere Freibeträge für Ersparnisse vor allem zur Alterssicherung und eine deutliche Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten. Das soll ohne Zwang zur Arbeit, jedem zustehen, der's braucht. Dann ist unser Leitsatz: Arbeit finanzieren statt Arbeitslosigkeit. Dazu schlagen wir z.B. vor, dass Langzeitarbeitslose das Geld, das sie als ALG II plus Kosten der Unterkunft und als Zuverdienst aus Ein-Euro-Jobs in der Tasche haben, als Nettolohn, also im Arbeitnehmerstatus mit Arbeitsvertrag, ausgezahlt bekommen - ohne die Zwänge und Demütigungen, die ihnen bei ALG II und Ein-Euro-Jobs zugemutet werden. Wir fordern weiter einen gesetzlichen Mindestlohn von nicht weniger als 1.400 Euro brutto im Monat. Wir sind für Arbeitszeitverkürzungen und schlagen dazu vor, das Arbeitszeitgesetz zu reformieren und die durchschnittliche regelmäßige Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden zu senken. Wirtschaftspolitisch sind wir dafür, ein Programm für Zukunftsinvestitionen aufzulegen, was auch zur Belebung der Binnenkonjunktur beitragen würde.

G: Ich sage dazu wohl besser mal nichts.

S: Ich finde es ja richtig, in solchen Bereichen konkrete Forderungen aufzustellen. Aber es ist schon enttäuschend, wo die >Linkspartei< die Latte legt. Wenn ich das durchrechne, komme ich auf einen Mindestlohn von rund 8 Euro brutto. Und beim Arbeitslosengeld gerade mal auf einen Zuschlag von 75 Euro. Ich will hier keinen Basar eröffnen, aber das fällt deutlich hinter die Forderungen der sozialen Bewegungen zurück und könnte auch von einem SPD-Ortsverein beschlossen worden sein. Also 10 Euro Stundenlohn und 500 Euro Regelleistung ist eigentlich das Mindestgebot.

A: Auch bei der Frage "Arbeitszeitverkürzung" tut man so, als sei man Regierung, wenn man nicht sagt: 30 Stunden sind aktuell genug, wobei Ihr wisst, dass ich das für zuviel halte, sondern sagt, Arbeitszeitverkürzung ist Sache der Tarifparteien, aber wir wollen über das Arbeitszeitgesetz die Höchstgrenze von 48 auf 40 Stunden senken.

W: Ich gebe Euch in Teilen recht, aber es handelt sich hier um einen programmatischen Kompromiss. Nur so können wir aktuell die unterschiedlichen Vorstellungen, eben auch die unserer Machbarkeitsfraktion, integrieren - und, das solltet Ihr nicht vergessen, zu Prognosen von 12 Prozent und mehr kommen. Ihr wisst doch selbst, dass viele uns sonst in die Ecke der Utopisten abschieben.

A: Also ich glaube eher, dass normale Erwerbstätige es eher für >utopisch< halten, mit 420 Euro auskommen zu müssen. Aber anders herum: Mir fehlt in dem Wahlprogramm gerade die Diskussion und Infragestellung der Arbeitsgesellschaft, d.h. es fehlt mir jede - wenn man so will - utopische Vorstellung. Statt dessen ist von einer "fortschreitenden Steigerung der Produktivität", von "sozial und ökolo-

gisch sinnvolles Wachstum" und "ohne Nachfrage kein Wachstum und keine neuen Arbeitsplätze" die Rede. >Wachstum< ist echt eine bescheuerte Kategorie. Es gehört weit mehr stillgelegt als nur Atomkraftwerke und Nazis.

S: Trotzdem ist es nützlich, wenn jetzt in Talkshows mal wieder eine Position zu Wort kommt, die sagt, es ist Quatsch, mehr zu arbeiten, es nutzt nur den Reichen, was unter rot-grün gelaufen ist und künftig unter schwarz-gelb oder in einer Großen Koalition laufen wird. Das Schluss sein muss mit dieser Umverteilung von unten nach oben.

Rev: Vielleicht ganz kurz zur Umverteilung. Was ist von den Steuerprogrammen der >Linkspartei< zu halten?

S: Von einiger Brisanz ist im Programmentwurf ja, dass auf die Einkommensteile oberhalb 60.000 Euro ein Spitzensteuersatz von 50 % erhoben werden soll. Da geht die Polemik der anderen Parteien ja schon los. Im Bestehenden ist das tatsächlich vergleichsweise radikal - aber von meiner Warte her eine korrekte Forderung.

A: Ich denke auch, dass sich hier die Spreu vom Weizen scheidet, wie man so sagt. Das trifft auch die linksliberale Elite im Geldbeutel - und da wollen wir mal sehen, was ihnen eine solidarische Gesellschaft Wert ist. Im übrigen würde ich aber heute eine Wette abschließen, dass das im endgültigen Programm so nicht mehr steht.

W: Da wäre ich nicht so pessimistisch. Die Leute, die für eine gerechtere Gesellschaft eintreten, sind bereit, selbst ihren Beitrag zu leisten.

S: Wenn man nach Polaritäten im Wahlkampf sucht, so ist das der Punkt, an dem es knallt. Denn alle anderen wollen nach wie vor die Besserverdienenden und Reichen mit weiteren Geschenken bedenken. Da wird also - wie gesagt im bestehenden Bezugsrahmen - eine richtige Alternative aufgemacht.

A: Schade ist, dass die Passage zur Erbschaftssteuer so vage formuliert ist, dass sie auch auf einem SPD-Parteitag durchgehen könnte. Weil das ist, auch in Transformationsprozessen, ein wichtiger Aspekt. Ums mit den Worten eines unserer Mitstreiter zu sagen: Die bürgerliche Revolution hat die Erblichkeit der Macht abgeschafft, die kommende Umwälzung muss in jedem Fall die Erblichkeit des Reichtums beenden. Dafür wäre jetzt schon >Werbung< zu machen.

Rev: Ganz kurz noch zur Außenpolitik. Rot-grün versucht ja damit zu punkten, dass man keine Soldaten in den Irak geschickt hat und der CDU unterstellt, sie hätte es gemacht. Das hat auch Wirkungen in uns nahestehenden Milieus. Was haltet Ihr von den Positionen der >Linkspartei<?

G: Da mische ich mich dann doch mal ein. Im Programmentwurf steht allen Ernstes der Satz: "Unsere Freiheit wird nicht am Hindukusch verteidigt." Das ist ja nett gemeint als >Alternative< zu Strucks imperialistischem



Getöne, aber: Unsere Freiheit? >Unsere Freiheit< als doppelt freie Lohnarbeiter? Es gibt nicht die Spur einer Analyse an Deutschlands Großmachtspolitik, geschweige denn eine Kritik daran, sondern zum Beispiel so etwas wie die Dummheit der Forderung nach einer 100.000 Mann starken Berufsarmee und die Naivität mit einem so genannten "Green-Corps zur Katastrophenhilfe" das Elend in der Welt mindern zu wollen, wo gerade die Tsunami-Politik gezeigt hat, wie moderner Imperialismus auch mal ohne Militär funktioniert.

S: Ich finde diese Interpretation überzogen. Gemeint ist doch folgendes: Gegen eine Politik der militärischen Intervention, für die Abschaffung der Wehrpflicht, für Abrüstung. Das ist alles nicht falsch. Dass die eigenständige Rolle und eigenständige Machtpolitik Deutschlands keine Erwähnung findet, ist allerdings schon eine Schwäche des Programmtextes.

W: Die WASG hat ja eine sehr kurze Geschichte. Ich muss zugeben, dass wir die deutsche Außenpolitik kaum diskutiert haben, weil der Gründungsimpuls eben vor allem aus der sozialen Frage kam. Der Programmtext orientiert sich hier an der bisherigen PDS-Linie, aber auch an den Forderungen der Friedensbewegung. Und ihr müsst sehen, dass einzelne Leute, wie Tobias Pflüger im Europaparlament in dieser Frage ja in eure Richtung arbeiten.

A: Es gibt aber keine klare Linie, das ist weder Pazifismus noch Antiimperialismus, höchstens weichgespülte deutsche Friedensbewegung.

Rev: Oder zu viel Oskar Lafontaine? Was sagt ihr zum Personal, das die >Linkspartei< repräsentiert?

S: Bei vielen Leuten kommen Gysi und Lafontaine an. In der sozialen Frage ist ja meistens auch einigermaßen brauchbar, was sie in Talkshows sagen. Ansonsten hat Gysi witzigerweise ja mehr von den Anliegen der neuen sozialen Bewegungen im Westen begriffen als Lafontaine, der ja in vielen Fragen eher ein rechter Sozialdemokrat ist.

G: Standortnationalisten.

A: Dass sie sich in einer Christiansen-Runde wohlfühlen scheinen, macht sie mir nicht gerade sympathisch. Gefallen tut mir nur der Vorwurf, immer wenn sie für Deutschland Verantwortung hätten übernehmen sollen, wären sie aus den Ämtern geflüchtet. Ich habe nur leider die Befürchtung, dass mir ihre Gründe dafür schon weniger sympathisch wären.

W: Ich denke, ihr solltet ihnen noch mal eine Chance geben. Vielleicht machen sie im Bundestag ja eine bissige Opposition. Und wir haben ja auch noch ein paar mehr Leute, die zum Beispiel als linke Gewerkschafter ganz genießbar sind.

Rev: Was bringt die >Linkspartei< für das, was ihr als linke Politik versteht?



S: In anderen europäischen Ländern sieht man, dass Linksparteien für eine andere politische Kultur sorgen. Die spielen eine Rolle in den Massenprotesten, Intellektuelle beziehen sich auf sie oder sind sogar Mitglied. Wenn wir also manchmal neidisch nach Italien, Frankreich oder Griechenland schauen, müssen wir feststellen, dass Kräfte wie die >Linkspartei< dort eine wichtige Rolle spielen. Wir werden sehen, wie es sich in Deutschland entwickelt.

G: Der Kapitalismus in der Krise kann sich eigentlich nur freuen, dass eine weitere Kraft sich um sein Wohlergehen bemüht. Was haben Marx und Engels als Zweck des Bundes der Kommunisten ausgegeben: "Der Zweck des Bundes ist die Aufhebung der alten, auf Klassengegensätzen beruhenden bürgerlichen Gesellschaft und die Gründung einer neuen Gesellschaft ohne Klassen und ohne Privateigentum." Das ist ganz offensichtlich nicht der Zweck der >Linkspartei<.

A: Ich bin sehr skeptisch. Die Grünen der 80er Jahre waren >linker< als das, was sich heute >Linkspartei< nennt, und hatten auch mehr Schnittstellen zu sozialen Bewegungen. Welche schädliche Sogwirkung der Parlamentarismus dann ausübt, haben wir erlebt. Wie ihr wisst, bin ich ein großer Fan von Autonomie und Selbstorganisation und ich habe große Zweifel, dass diese >Linkspartei< dafür von Nutzen ist. Parteien scheinen immer die Tendenz zu haben, sich selbst, ihr Bestehen, ihre Wahlergebnisse zum Selbstzweck zu erheben.

W: Wenn wir auf die Reaktionen der anderen Parteien schauen, zeigen sich eigentlich schon erste Erfolge. Die Wahlprogramme von SPD und Grünen sind tendenziell nach links verschoben, einige Einzelgewerkschaften sehen in der >Linkspartei< den künftigen Bündnispartner. Das lähmende TINA-Syndrom, also Thatchers "There is no alternative", funktioniert nicht mehr. Das ist doch eine ganze Menge. Dafür kann man doch wenigstens mal ein Kreuz machen, oder?

"Hammerhart" - Vier Millionen für die Ostumgehung

Mit je vier Millionen Euro beteiligen sich Stadt und Landkreis Celle an der Finanzierung des ersten Abschnitts der Ostumgehung zwischen Ehlershausen und Westercelle: Das sind 30 Prozent der geschätzten Baukosten in Höhe von rund 25 Millionen Euro für diese 7,4 km. Vorausgegangen waren der Mittelfreigabe durch Stadtrat und Kreistag Verhandlungen mit der Bundesregierung. Hintergrund dieser ungewöhnlichen, weil nach Bundesverkehrsgesetz nicht erforderlichen kommunalen Beteiligung ist folgender: Der Baubeginn der geplanten Ostumgehung schien sich durch die Mittelknappheit von Bund und Land weiter hinauszuzögern. Die große "Betonfraktion" - d.h. alle in Rat und Kreistag vertretenen Parteien mit Ausnahme der Bündnisgrünen - will den Baubeginn aber möglichst schnell. Als sich Annegret Pfützner im Kreistag darüber ärgerte, dass sich auch das Oberverwaltungsgericht von diesem "deal" beeinflussen lassen könne, meinte OB Biermann gegenüber der CZ: "Dieser Angriff auf die Justiz ist unerträglich. Er ist das Schärfste und Hammerhärteste, was ich in dieser Richtung bisher gehört habe."

Verharzt ohne zu mucken

Gerade mal vier Betroffene, die nicht zum engeren Kreis der Veranstalter gehörten, "verirrten" sich im Juli zu einem öffentlichen Forum von DGB und Social Forum. Die Veranstalter hatten die Kritik an den Miet- und Nebenkostenrichtlinien des Landkreises sowie an den Ein-Euro-Jobs auf die Tagesordnung gesetzt. Es sollte der Versuch unternommen werden, ausgehend von einem Austausch die Selbstorganisation der "Verharzten" in Gang zu setzen. Daran bestand kein Interesse.



Leinen los

Nachdem es schon so etwas wie ein Stadtgespräch geworden war, musste schließlich auch die Cellesche Zeitung "Ross und Reiter" bzw. "Hund und Herrchen" beim Namen nennen. Als im Frühjahr der Rottweiler von Gert-Wilhelm Gonell, seines Zeichens Erster Stadtrat - also Stellvertreter von Biermann -, in den Dammaschwiesen eine Joggerin angefallen und schwer verletzte hatte, war der Vorfall ohne Namensnennung erfolgt. (Dass das nicht immer Stil der CZ ist, zeigte etwa parallel die Story über den so genannten "Drogenonkel" der PDS-EP-Abgeordneten Felekna Uca.) Ein Verfahren wegen fahrlässiger Körperverletzung läuft. Den Gipfel der Unverfrorenheit erlebte die verletzte Frau dann im Juni. Sie begegnet dem Ehepaar Gonell erneut in den Dammaschwiesen, mit neuem Hund, den sie wieder frei laufen ließen. Darauf aufmerksam gemacht, dass in der Brut- und Setzzeit (vom 1.4. bis 15.7.) ein Anleinzwang herrsche, soll ihr entgegen worden sein: "Wir machen sowieso was wir wollen." Dass mit dem stadtvermarktenden Logo "Residenzstadt" scheinbar auch feudale Sitten gemeint sind, zeigt sich anschließend. Die Frau zeigte die Hundebesitzer beim Ordnungsamt an. Doch statt der

Ordnungswidrigkeit nachzugehen, änderte die Verwaltungsspitze einfach die "Spielregeln". Der Leinenzwang wurde außer Kraft gesetzt, und bereits eingeleitete Verfahren werden nicht weiter verfolgt. Begründung der Verwaltung: Bei dem Bereich zwischen Pfennigbrücke und Freitagsgaben handele es sich nicht um "freie Landschaft" sondern eher um eine Parkanlage, und dort dürften Hunde frei laufen. Allerdings eigentlich auch wieder nicht, denn: Es sollen Schilder aufgestellt werden, auf denen Hundehalter gebeten würden, ihre Hunde anzuleinen. Nur Konsequenzen hat es nicht mehr, wenn sie "sowieso machen, was wir wollen." FDP-Fraktionschef Falkenhagen sprach von einem "Lex Gonell". Doch Gonell bestreitet, dass man ihm eine Gefälligkeit habe erweisen wollen: "Die Rechtslage wurde nicht manipuliert." Selbstverständlich war das auch ein Thema, was die Bürgerseele hochkochen ließ. Sonst lässt man sich ja gerne rund um die Uhr verarschen, aber wenn sich die Herrschaft im kleinen mal einen Vorteil verschafft, wird's Stadtgespräch (das "Ärgernis" des Parkplatzes für Ratsmitglieder ist ein ähnliches Thema). Für "die" Politik wurde das dann fast zwangsläufig zu "dem" Sommerlochthema". Die CDU beantragte noch für August eine außerordentliche Ratssitzung, auf der für die Celler Parks (also auch für die Dammaschwiese) ein Anleinzwang in Kraft gesetzt werden soll. Der Rest des Rates will die Hunde gleich im ganzen Stadtgebiet an die Leine gelegt sehen.

H&M und Media-Markt kommen

Verwaltungsspitze und die "große Koalition" aus CDU/WG/SPD wollen Celle mit einem ECE-Center beglücken. Auf dem Gelände der heutigen Hauptwache der Feuerwehr im Südosten des Stadtkern soll ein Einkaufszentrum mit 20000 m² Verkaufsfläche entstehen; wahrscheinlich dann mit dabei "H&M" sowie ein Media-Markt. Man verspricht sich eine "Magnetwirkung" (Astrid Peters, CDU), die über den Landkreis

hinaus Kunden nach Celle zieht. Es ist klar, dass dies nicht im Sinne der im "Schlosskreis" vertretenen (bisherigen) Großflächengeschäfte wie Karstadt, Warg, Lohse ist. Ihnen zu Gefallen war gerade mit der Öffnung der Schuhstraße für den Autoverkehr und der Verlegung des Marktes ein millionenschweres Umbauprojekt ("innerer Ring") gemacht worden. Sie erhofften sich eine für sie günstigere Lenkung der Kundenströme und tendenziell auch einen Abbau von Verkaufsfläche. Nun passiert das genaue Gegenteil. Ein neuer Schwerpunkt soll im Südosten entstehen, mit dem sich die gesamte Verkaufsfläche der Innenstadt um über 50 % erhöhen würde. Karstadt-Geschäftsführer Werner Schmidtmann drohte mit der Aufgabe des Standortes Celle. Der "Schlosskreis" prognostiziert eine Entwicklung, bei der viele sich jetzt im Stadtgebiet verteilende Einzelhändler fast zwangsläufig in das ECE umziehen müssten und andernorts deshalb neue Leerstände entstehen würden. Parallel zur so genannten Entwicklungsvereinbarung, die die Stadt mit der ECE Projektmanagement GmbH aus Hamburg abschloss, wurde schließlich dem Schlosskreis Gelegenheit gegeben werden, bis zum 31.1.2006 ein eigenes Entwicklungskonzept vorzulegen. Dann soll - auf gutachterlicher Grundlage - der Rat die Entscheidung treffen, wohin die Reise geht.



"Ergebnisoffen" soll es laufen, aber Volker Franke von der CZ kommentierte zutreffend: "Die Profis des ECE sind dabei natürlich im Vorteil."

PKK – mal wieder Bündnisgrüne wollen nur die "guten" Kurden integrieren

Alle Jahre wieder erleben wir den Versuch, einen Teil der Celler KurdInnen zu kriminalisieren, indem die Nähe zur Politik der PKK/Kongra-Gel skandalisiert wird. Im Juni las man in der CZ: "Politische Reden im Sinne der politischen Ideologie der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Werbung für Demonstrationen der PKK-Nachfolge-Organisation Kongra Gel (Volkskongress Kurdistans) und Geburtstagsfeiern für Abdullah Öcalan, den langjährigen Führer der PKK, der in der Türkei eine lebenslange Haftstrafe absitzt. All dies soll sich hinter den Mauern des Ezidischen Kulturzentrums (EKZ) in Westercelle abgespielt haben." Quelle: Ein ungenannter Informant. Aber auch etwas Handfestes meinte die CZ zu haben: Die "Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland" (YEK-KOM) habe ihr Büro in Bielefeld aufgelöst und ins Ezidische Zentrum nach Westercelle verlegt. Die Recherche war ein bisschen schlampig. Der Vorsitzende des Ezidischen Kulturzentrum Salih Yalti reagierte mit einer Gegendarstellung: Das Zentrum habe nicht YEK-KOM sondern der Föderation Ezidischer Vereine (FEV) als Dachorganisation der ezidischen Vereine einen Raum vermietet. Und diese FEV ist in der Tat nicht YEK-KOM, sondern die Nachfolgeorganisation der "Union der Yeziden aus Kurdistan" (YEK). - Egal, denn niemand will verbergen, dass diese Richtung kurdischer Vereine immer viel Sympathie für den Kampf der PKK hatten und noch haben. Woher der Wind weht, wurde kurz darauf klar: Die Celler Bündnisgrünen stiegen auf die Informationen des "Informanten" ein, und teilten der inter-

essierten Bevölkerung mit, wie man die Kurden in "gut" und "böse" zu sortieren habe. Die "Guten" sind demnach die in der "Plattform Ezidischer Kurden" Organisierten, mit denen auch unsere Demokratie- und Menschenrechtspartei gerne zusammenarbeitet, die "Bösen" sind die vom "Ezidischen Kulturzentrum". Die Bündnisgrünen waren sich tatsächlich nicht einmal für eine denunziatorische "Warnung" an die Stadtverwaltung zu schade, weil diese im Rahmen der so genannten Ausländerintegration sich auch mit den "Bösen" an einen Tisch setze. Und warum es auf einmal wieder so wichtig ist, die "Guten" und die "Bösen" fein säuberlich auseinander zu halten, wurde einem auch mitgeteilt: Ein weibliches Mitglied der "Bösen" will und soll eine Beratung für MigrantInnen im Sanierungsbüro Neustadt abhalten. Und wahrscheinlich hat auf diesen Job jemand von den "Guten" spekuliert, den bisher hatten die sich zur PEC zuzählenden KurdInnen im Sanierungsgebiet die Nase vorn.

Ulrich Kaiser, zuständig für Integration bei der Stadt Celle, zeigte Kenntnis insoweit, als er das bündnisgrüne Ansinnen mit der Bemerkung zurückwies, dass man über das Ezidische Kulturzentrum immer noch die meisten Kurden erreiche. Er teilte auch mit, dass das Projekt der Migrantinnen-Beratung mit dem Verfassungsschutz abgesprochen sei. (Was nebenbei auch einigermaßen verrückt ist.)

Auf den bündnisgrünen Denunziationszug sprang erfreut ein anderer PKK-Hasser auf. Klaus-Jürgen Hedrich, CDU-Bundestagsabgeordneter, stellte eine Anfrage an die Bundesregierung. Er wollte eine Einschätzung der "Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland" (YEK-KOM) haben sowie etwas über die Erkenntnisse der Bundesregierung bezüglich der Zusammenarbeit von yezidischen Vereinen mit der verbotenen PKK wissen. Er bekam als Antwort, was in jedem Verfassungsschutzbericht steht - und reagierte "mit großer Besorgnis". Staatssekretär Lutz Diwell am 20. Juni: " Die YEK-KOM umfasst als Dachverband zahlreiche - im

Bundesgebiet verstreute - örtliche Vereine, in denen die Anhänger der PKK (welche derzeit als "Volkskongress Kurdistans" - KONGRA-GEL firmiert), überwiegend organisiert sind. Der Verband und die ihm angeschlossenen Vereine treten für Ziele der PKK/KONGRA-GEL ein. Die YEK-KOM unterliegt daher der Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder." Und speziell zum Verhältnis yezidischer vereine zur PKK/KONGRA-GEL: "Mit Hilfe so genannter Massenorganisationen versucht PKK/KONGRAGEL, Einfluss in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen auszuüben. Mit Blick auf yezidische Glaubensgemeinschaften verfügt die Organisation über die "Union der Yeziden aus Kurdistan" (YEK), die in Deutschland mehrere Vereine und Einrichtungen unterhält." Hedrich forderte daraufhin sofort eine Prüfung, ob in der YEK-KOM Mitglieder aktiv seien, die sowohl die deutsche als auch die türkische Staatsbürgerschaft hätte - und falls dem so wäre, ihnen die deutsche abzuerkennen und sie abzuschieben.

Nix mit Ausländerquote

Die SPD-Ratsfraktion scheiterte mit ihrem Vorhaben, den Anteil von Kindern mit "ausländischer Herkunft" in Kindergartengruppen und Schulen auf 30 % zu beschränken, indem SchülerInnen auf andere Schulen umverteilt würden. Der Rektor der Neustädter Schule, Paul-Michael Zeblewski, sprach sich im Schulausschuss deutlich dagegen aus. Er wies darauf hin, dass der Anteil von 38 Prozent von Kindern mit Migrationshintergrund u.a. so hoch sei, weil "deutsche" Eltern im seinem Schuleinzugsbezirk ihre Kinder unter Umgehung der Regeln auf andere Schulen schicken würden. Er plädierte für mehr Förderung statt einer Beförderung in andere Stadtteile. Am Ende stimmten die SPD-Mitglieder im Schulausschuss selbst gegen ihren eigenen Antrag.



Kleingärtner gegen Aussiedler

Die Kleingartenkolonie Friedrichslust hat eine heimliche "Ausländerquote". Nicht die Lust am Gärtnern ist dem Vorstand ein Kriterium für die Aufnahme neuer Mitglieder sondern der Geburtsort im Pass. Selbst wenn es der deutsche Personalausweis ist, der Geburtsort aber in einer der ehemaligen Sowjetrepubliken liegt, kann dies den Grund für eine Ablehnung hergeben. Kurz gesagt: Die Kleingärtner wollen keine Aussiedler mehr, weil schon etwa 40 % der Mitglieder "Ausländer" seien. "Wir wollen hier kein Ghetto haben", sagte Vorstandsvorsitzender Manfred Wolf gegenüber der CZ: "Sonst laufen uns unsere guten deutschen Gärtner weg. ... Gerade die Russen denken, sie wären noch immer in Sibirien."

Schlosstheater ist dem Land zu teuer

Der Zuschuss des Landes Niedersachsen für das Schlosstheater Celle ist vom Rotstift bedroht. Die Finanzierungsvereinbarung ist zum 31.12.2006 mit dem Ziel gekündigt worden, eine Neustrukturierung der niedersächsischen Theaterlandschaft in die

Wege zu leiten. Bisher wird das Schlosstheater mit 2,9 Millionen Euro subventioniert. 1,1 Millionen trägt das Land, je 950.000 Euro Stadt und Landkreis Celle. Eine der Überlegungen in Hannover ist wohl, dass die Landesbühne das Schlosstheater mit bespielt - und damit das eigene Ensemble des Schlosstheaters abgeschafft würde. Selbst die Celler Landtagsabgeordneten Karl-Heinz Langspecht (CDU) und Jörg Bode (FDP) bestritten nicht, dass der Zuschuss ans Schlosstheater nicht mehr Tabu sei. - Die Subventionierung des Schlosstheaters beträgt pro Zuschauer übrigens 37 Euro.

Hubschrauber gegen Graffiti

Das volle Programm fuhr Celles Polizei im Mai im Kampf gegen Graffiti-Sprayer. Weil ein Jugendlicher nachts in der Berggartenstraße dabei beobachtet worden war, wie er Schriftzeichen auf eine Hauswand malte, startete die Polizei ein bisher nicht dagewesenes Programm: Sechs Beamte in drei PKWs sperrten das Gebiet um die Dammaschwiese ab, ein Polizeihubschrauber wurde aus Hannover angefordert und drehte 15 Minuten später seine Kreise. Man erwischte den "Täter", bewaffnet mit einem roten Edding. Der Hubschraubereinsatz sei nicht unverhältnismäßig gewesen, sondern habe der Verfolgung einer Straftat gedient, so die Polizei. Rund 1200 Euro kostet übrigens ein einstündiger Hubschraubereinsatz.

Selba schuld

Eine Visitenkarte seines anwaltlichen Geschicks lieferte Sebastian Biermann, Vorsitzender von TUS Celle FC, in seiner Berufungsverhandlung im Juni ab. Biermann hatte im September 2004 morgens nach einer Scheunen-Party in Klein-Hehlen mit 2,21 Promille einen Polizeiwagen geklaut, war mit diesem abgebraust, hatte ihn in Groß-Hehlen in eine Wand gesetzt und sich dann davon

gemacht. Schon beim ersten Strafbefehl konnte man staunen. Dem Rechtsanwalt war es gelungen mit 900 Euro Geldstrafe davon zu kommen - 60 Tagessätze á 15 Euro. In der Berufungsverhandlung gelang ihm sogar eine Senkung auf 750 Euro. Er wollte aber mehr: Er sei nicht an Alkohol gewöhnt und deshalb nicht schuldig - also forderte er einen Freispruch. Das gelang nicht ganz. - Im anstehenden Schadensersatzprozess soll er übrigens noch rund 40.000 Euro an die Polizei und die Hauseigentümer zahlen. Seine Prozessstrategie: Er sieht ein Mitverschulden der Polizei, weil die Beamten den Schlüssel des Streifenwagens nicht abgezogen hätten. Wow!

Struck: Arbeitslose als Zielscheiben?

"Die Vorbereitung auf den Auslandseinsatz ist die halbe Miete", sagte Struck im Juni bei einem Besuch im Bundeswehr-Ausbildungslager Gumnitz im Uecker-Randow-Kreis. In Vorbereitung auf einen Afghanistaneseinsatz übten die Soldaten unter anderem die Überprüfung von Personen und Fahrzeugen sowie eine Postenkette zum Abdrängen von Menschengruppen in verschiedenen Eskalationsstufen bis hin zum Warnschuss. Struck schlug vor, für die



Übungen Arbeitslose als Darsteller Einheimischer im Einsatzland einzusetzen anstatt Soldaten. Brigadegeneral Josef Niebecker ergänzte: "Gute Idee. Das hilft den Soldaten und der Region." Die offizielle Arbeitslosenzahl in der vorpommerschen Region liegt derzeit bei rund 30 Prozent. Bei Massenszenen für das Truppentraining werden bis zu 400 Personen gebraucht. Wir möchten diesen Vorschlag noch erweitern: Warum es bei Warnschüssen belassen? Anders wäre nebenbei ein - wenn auch kleiner Beitrag - zur Lösung des Arbeitslosenproblems zu leisten.

Ein-Euro-Jobs: Zusätzlich?

Es ist schon frappierend, mit welcher Kaltschnäuzigkeit Kriterien für Ein-Euro-Jobs umgangen werden und weder Arbeitsagentur, noch Öffentlichkeit Einwände haben. Die CD-Kaserne GmbH fand sich ganz toll dabei zu verkünden, dass man in den Sommerferien die große Halle "umfangreich saniert" habe. Wie? Am werkeln waren vier Ein-Euro-Jobber und acht Honorarkräfte. Wer würde bestreiten, dass das noch vor nicht allzu langer Zeit, ein normaler Auftrag für einen Handwerksbetrieb gewesen wäre?

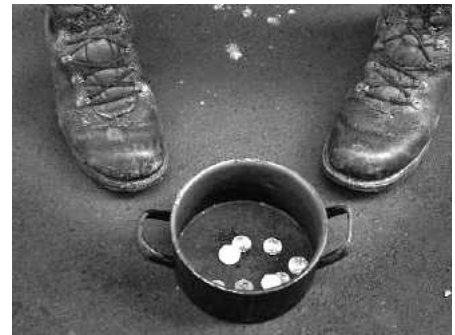
Manche Beschäftigte machen sich sogar Hoffnungen auf eine reguläre Beschäftigung. Warum auch eigentlich nicht, wo es sich um reguläre Arbeit handelt. Über eine Ein-Euro-Kraft in einem Wienhäusener Kindergarten sagte die Leiterin: "Sie hat uns entlastet bei allen hauswirtschaftlichen und vorbereitenden Arbeiten, bei der Wäsche sowie im Außenbereich." Die Hoffnung erwies sich trotz entsprechender Andeutungen der Arbeitsagentur als trügerisch. Der DRK-Kreisverband als Träger war nur interessiert an einer neuen Ein-Euro-Kraft.

542 so genannter Arbeitsgelegenheiten wurden in der ersten Jahreshälfte übrigens durch die Arbeitsagentur besetzt; damit liegt diese Zahl über derjenigen der Vermittlungen in reguläre Jobs (504).

SPD:

Konsequent im Kürzen

"Politik muss konsequent sein", sagte der Bundestagswahlkreis kandidat Peter Struck auf dem Sommerfest der SPD bezogen auf die Agenda 2010: "Ich denke nicht daran, jetzt im Wahlkampf auch nur einen Punkt davon selbst in Frage zu stellen." Abgesehen davon, dass die SPD jetzt mit leichten "Korrekturen" auf Wählerstimmenfang geht, sei hier noch mal auf das Wahlprogramm der SPD aus dem Jahr 2002 hingewiesen, in dem es hieß: "Wir bekennen uns zur besonderen Verantwortung gegenüber den Schwächeren in unserer Gesellschaft. Deswegen wollen wir im Rahmen der Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe keine Absenkung der zukünftigen Leistungen auf Sozialhilfeniveau." Mit großer Konsequenz hat sich die SPD immerhin ein halbes Jahr über den Wahltermin hinaus daran gehalten, bevor man mit Hartz IV senkte, was das Zeug hielt.



NPD-Umtriebe in Eschede

Zu einer Demonstration in Braunschweig am 18.06.2005 mit dem Motto: "Sozialabbau, Rentenklau, Korruption - NICHT MIT UNS" rief die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) auf. Ca. 200 Neonazis folgten diesem Aufruf und liefen fast vier Stunden durch die Stadt. Nach dem Ende der Demonstration trafen sich viele Teilnehmer noch zu einer Sonnenwendfeier in Eschede. In von Rechtsextremisten betriebenen

Internetseiten wird die Zahl der Teilnehmer mit 100 Personen beziffert. Anders als im Dezember 2000 wo die Polizei eine Sonnenwendfeier in Eschede bei dem Landwirt Joachim Nahtz auflöst, schien dieses Treffen niemanden zu interessieren. Nicht mal in der örtlichen Berichterstattung fand es noch Einzug und das, obwohl schon Wochen zuvor dafür in einschlägigen Kreisen geworben wurde. Da darf es auch nicht verwundern, dass Joachim Nahtz bei der diesjährigen vorgezogenen Bundestagswahl im Wahlkreis Celle-Uelzen für die NPD kandidiert. D.K.

Siedbürger freigesprochen

Am 27.06.05 erhielt der Neonazi Marco Siedbürger von dem Amtsgericht Stolzenau einen Freispruch.

Angeklagt war der Neonazi wegen gefährlicher Körperverletzung und Volksverhetzung (siehe Revista 27)

Siedbürger war einer der beiden jungen Neonazis, die 1999 in Eschede den 44-Jährigen Peter Deutschmann erschlagen haben.

Nachdem er erst kürzlich aus der Haft entlassen wurde, zog er nach



**Marco Siedbürger
in jüngeren Jahren**

Schaumburg und gliederte sich dort schnell in das Umfeld der militanten und gewaltbereiten Kameradschaft Weserbergland ein. Wegen einer Kneipenschlägerei am 14.01.2005 wurde Siedbürger am 23.02.05 festgenommen und befand sich bis zum Gerichtsverfahren in Untersuchungshaft.

Laut Zeitungsberichten soll bei der Schlägerei ein junger Türke schwer verletzt worden sein.

Das Gericht folgte aber der Ansicht der Staatsanwältin, die einen Freispruch für den Neonazi in allen Punkten der Anklage forderte, da sie Zeugenaussagen und Aussagen des Geschädigten als haltlos ansah.

(nach einen Bericht auf de.indymedia.org) D.K.

Nazi-Plakate

In letzter Zeit kam es in Celle mehrmals zu Plakataktionen von Neonazis. Anfang August wurden diverse Hochglanzplakate im Celler Stadtgebiet verklebt. Allerdings handelte es sich nicht um eine Eigenkreation von Celler Rechtsextremisten, sondern die Plakate wurden über eine Adresse aus dem Internet bestellt. Zu sehen waren die Plakate für die Celler allerdings so gut wie nicht, denn bereits am nächsten Tage waren diese bereits zerstört oder ganz entfernt. Ähnlich lange hingen Plakate, die Neonazis anlässlich des alljährlich stattfindenden "Rudolf-Hess-Gedenkmarsches" in Celle verklebt haben. Diese Plakataktion erfuhr ein wenig Aufmerksamkeit, weil die Wahlplakate etablierter Parteien damit überklebt wurden und so Verärgerung hervorrief.

Celler Neonazi weiter aktiv

Auch in den letzten Monaten machte der 28jährige Celler Neonazi Daniel Gräf (nicht Greve wie in der letzten Revista falsch geschrieben) weiter auf sich aufmerksam.

Nach wievor zeichnet er für den

"Kampfbund deutscher Sozialisten" Celle verantwortlich und dieser rief zu einer Demonstration gegen den Bau einer Moschee am 30.07.2005 nach Duisburg auf. Dort betätigte sich Gräf als Ordner.



Daniel Gräf

Bereit am 03.07.2005 war er auf einer Nazi-Demo in Hamburg zugegen und durfte neben so bekannten Nazi-Größen wie Christian Worch und Axel Reitz vor ca. 100 Leuten als Redner auftreten.

Auch in rechten Diskussionsforen im Internet ist er weiter aktiv. Nach wie vor schreibt er unter dem Usernamen "Kampfbund" im Internetforum "Das Reich".

In dem rechtsextremistischen "Das freie Forum" schreibt er fleißig unter dem Usernamen "Resistenza".

Aber nicht nur in rechten Foren ist Gräf aktiv. So schreibt er ebenfalls unter dem Namen "Resistenza" in dem nicht gerade szenetypischen Gothik-Forum "<http://www.schwarzes-celle.net>" und benutzt dort dasselbe Userbildchen wie im "Freien Forum". Neben seinen politischen Ansichten gibt er sich dort sehr redselig und offenbart auch seine Vorliebe für "SM-Spielchen". Außerdem veröffentlicht er dort sein Hochzeitsfoto von sich und seinem "wunderbaren Weib". DK

Einwände gegen Illusionen über Armut und Reichtum im Kapitalismus



"Hartz IV - Kompliziert, schlecht organisiert, ungerecht!?" Oder: Warum die Frage nach der ordentlichen Durchführung von Reformen keine Kritik an ihrem Inhalt ist!

Beim letzten mal (siehe Revista Nr. 25) ging es darum, die falsche Vorstellung von einer "Überalterung der Gesellschaft" gerade zu rücken. Diesmal soll die Frage gewälzt werden, ob "die große Reform" wirklich "ein großer Irrtum" ist, weil festgestellt wird: "Nach sechs Monaten herrscht noch das Chaos"! (DIE ZEIT, 30.06.05) Denn dummerweise stellen manche "Kritiker" der Hartz-Reformen oft übereinstimmend mit Politikern und Medien fest, Hartz IV sei viel zu kompliziert ("...die verschickten Bescheide [sind] für die meisten Betroffenen einfach nicht nachvollziehbar...")(1), schlecht organisiert ("...wenig ausgebildetes Fachpersonal...")(2) und außerdem: "Arbeitsplätze bringt dies alles nicht"(3). Unzufriedenheiten dieser Art enden nicht selten in einem konstruktiven Beitrag zur 'gerechten Verarmung' und sind somit das Gegenteil einer Aufkündigung des Gehorsams der Unteren gegen die Oberen...

a) Pünktlich zum Jahresanfang haben es Massen von Arbeitslosen, Rentnern und Kranken mit ganz neuen Formen ihrer Armut zu tun. Und die Öffentlichkeit vermeldet begleitend, dass dieses Reformwerk "schwere handwerkliche Mängel" aufweist. Das fängt schon mit dem Fragebogen an - 16 Seiten, viel zu lang, viel zu kompliziert, kein Schwein blickt durch - und landen bei Feststellungen folgender Art: "Alles aus einer Hand? - Von wegen!"(4). Das ist mal ein Skandal! Hier sind also erstens "Nachbesserungen" angebracht und zweitens sachverständige Hilfestellung beim Ausfüllen des Fragebogens erforderlich. Bei so viel Hilfsbereitschaft werden die "völlig neuen Zumutungen" zur Nebensache und mit bauernschlaun Tipps "unterstützt" - nach dem Motto: Übersteigen ihre Ersparnisse die erlaubten Freibeträge, dann geben sie das Geld doch einfach aus, so kann es ihnen nicht angerechnet werden! Die Tour vieler Anti-Hartz-Bewegungen, lauter "Lösungsvorschläge" auf Fragen des Kalibers: Wer erhält künftig das Arbeitslosengeld II? oder Was kann zu ALG II noch dazuverdient werden? (5) anzubieten, haut letztendlich in die gleiche Kerbe: Wie bewältigt man das Verarmungsprogramm der Bundesregierung (technisch) am Besten? So geht der "Skandal" gerade noch einmal halbwegs gut aus...(6)

b) Trotz aller Skandale um Hartz IV - einen Erfolg kann

die Regierung von Anfang an für sich verbuchen: dass Arbeitslose gefördert werden müssen, das unterschreibt jeder! Und damit natürlich auch, was die Regierung unter "Fördern" versteht: Arbeit, egal zu welchen Bedingungen, ist das höchste Gut für den, der keine hat. Der Arbeitslose hat sich nützlich zu machen, egal ob er selber einen Nutzen davon hat. Dieses und kein anderes Interesse verspricht die Regierung mit ihrer Reform zu unterstützen.(7) Zu so viel uneigennützigem 'Fördern' gehört selbstverständlich eine Gegenleistung: das Fordern. Worunter alles zu verstehen ist, womit die BA ihrer Klientel das Leben schwer macht: Leistungskürzungen, Erpressung zur Annahme jeder nicht gerade sittenwidrigen Arbeit etc. - letztlich alles, was grundsätzlich schon gebilligt ist, wenn dem Arbeitslosen Arbeit pur als sein einziges legitimes Lebensinteresse zuerkannt wird. Nicht selten fordern manche "Kritiker" von ALG II: Arbeit für alle!

Da kommt bei manchem glatt die "kritische" Frage auf, ob der Nötigung, jede Arbeit anzunehmen (Fordern) auch eine ernsthafte Bemühung des Staates gegenübersteht, die Betroffenen in irgendeine Arbeit hineinzubugsieren. So wird die Politik an ihrer eigenen Ideologie des 'Gebens und Nehmens' gemessen und versagt kläglich. Konstruktiv kritische Fragen stehen auf der Tagesordnung: Werden die Leute in den neuen Job-Centern wirklich "besser betreut" (sprich: intensiver in die Mangel genommen!) als beim alten Arbeitsamt? Kommt die Vermittlungstätigkeit (nicht vergessen: in irgendeine Arbeit!) vor lauter Verwaltungsarbeit nicht zu kurz?(8) Vor allem: Gibt es die offenen Stellen überhaupt?! Manch 'kritischer Geist' kommt glatt zu dem Ergebnis: es gibt sie gar nicht! ("...alle wissen, dass durch die Maßnahmen der Hartz-Gesetze keine regulären Arbeitsverhältnisse geschaffen werden")(9) Was für eine Erkenntnis angesichts der Tatsache, dass die Regierung sich gerade daran zu schaffen macht, den für die Wirtschaft überflüssigen Teil der Bevölkerung dauerhaft von allen bisher als normal bekannten Beschäftigungsverhältnissen auszugrenzen und so ein Heer von 'working poor' herbeizuorganisieren. Und die naivdumme Fragerei leistet dazu einen Beitrag: Täglich werden auf diese Fragen 'liebervoll aufbereitete' Arbeitslosenschicksale in den Medien vorstellig gemacht (siehe BILD, aber auch SZ, FAZ, etc.) und die zur Reform passende Einsicht erlangt: So geht es jetzt zu im deutschen Sozialstaat - Armut ist kein Skandal, sondern Normalität!

Diese Erkenntnis ist gleichzeitig die Steilvorlage dafür, wie der wirtschaftspolitische Sachverstand weiter zu denken hat: Es gibt zwar keine offenen Stellen, aber ohne Kürzungen und drastischen Einschnitten bei Sozialleistungen (Stichwort: unerträgliche Lohnnebenkosten) gibt es erst recht keine! So

geht der Skandal am Ende doch ganz gut aus: Punktsieg für die Reformen...

c) Bei der Begutachtung von Hartz IV und den Folgen für die Leute wird also nichts beschönigt und ein Schreckensszenario jagt das nächste: Freibeträge sind extrem niedrig, die Sparschweine der Kinder müssen geknackt werden und Massenumzüge stehen an. Die Notwendigkeit der Reform steht dabei nicht in Frage - nur: muss denn wirklich alles sein? Mit dieser Überlegung hat sich der kritische Fragesteller vom 'Nein' zur Verarmung zum Standpunkt 'Ja, aber dann...' vorgearbeitet: Aber dann muss gerechterweise auch da und dort zugelangt werden ("Die Reichen und Kapitalbesitzer müssen endlich wieder angemessen [und was bitte schön ist angemessen - vielleicht so, dass zwar ein 'Extra-Profitchen' abfällt, aber bitte nicht zu viel...?!] Steuern zahlen.")(10). Sozialneid unter Paupers ist angesagt! Und ganz nebenher erledigt sich alles Genörgel über missachteten Datenschutz, das Gezeter über inquisitorische Fragebögen und jedes Gestänker über zuviel Bürokratie: Für das 'edle Ziel', beim Verarmen Gerechtigkeit walten zu lassen, kann gar nicht genug aufgepasst werden! Jetzt müssen nur noch deutsche Spitzen-Verdiener Solidarität zeigen und ihre Bezüge offen legen - nicht damit man ihnen da etwas wegnimmt, sondern damit der Prolet nicht alleine mit der Pflicht dasteht, seine Vermögensverhältnisse preiszugeben.(11) Dann ist für den sozialen Ausgleich in der Republik nun wirklich alles Menschenmögliche geleistet worden und man kann sich wieder anderen Skandalen zuwenden...

(michel)

- 1) http://www.erwerbsloseninitiative.de/asphalt_januar_korr2.pdf
- 2) Cellesche Zeitung, 07.07.2005, S. 13
- 3) Demoflugblatt vom 06.09.2004 des Anti-Hartz Bündnis Hannover
- 4) Hartz IV, Revista Nr. 24, S. 6
- 5) Flyer - Die Armutsfalle - der Erwerbslosenselbsthilfe Celle / Sozialpolitisches Bündnis Celle
- 6) Zum "Versagen" der BfA gibt es einige brauchbare Argumente in: GEGENSTANDPUNKT 2-02: Marktkonforme Arbeitsmarktpolitik. Vermitteln statt Verwalten!, S. 99-112
- 7) Mehr zum Thema 'Sanierung des Krisen-Standorts Deutschland' in GEGENSTANDPUNKT 3-04: Endlich: Der Ruck ist da!, S. 89-118
- 8) Lediglich eine Variante: Da wird dann "Statt Vermittlung Verfolgung" entdeckt (Revista Nr. 19, S. 10) - bei aller tatsächlich vorhandener Gängelung durch die BA: ist die Vermittlung in eine "ordentliche" Lohnarbeit wirklich ein erstrebenswertes Ziel?
- 9) Zu den Folgen von Hartz IV, Revista Nr. 23, S. 14 - Da möchte man zurück fragen: Ja und wenn reguläre Arbeitsplätze damit geschaffen werden würden, gingen die Maßnahmen dann in Ordnung?
- 10) <http://www.social-forum-celle.de/riexinger.pdf>
- 11) Lesetipp: Der wahre Skandal an der Verarmung durch Hartz IV: Die unverdienten "Nebenverdienste" derer, die sie ins Werk setzen!, in: GEGENSTANDPUNKT 1-05, S. 38-40

LESERBRIEFE

Überzogener Polizeieinsatz auf der Schlossbergfete



Bei der diesjährigen "Schlossbergfete" am 13.07.2005 fiel auf, dass ein weitaus größeres Aufgebot an Polizei anwesend war, als bei den bisherigen Schulabschlusspartys.

Man sollte meinen, dass diese für die Sicherheit der Teilnehmer sorgen würden, was vereinzelt durchaus der Fall war. Allerdings hat die Art der Vorgehensweise der Polizei in den meisten Fällen nicht zur gewünschten Deeskalation, sondern eher zur Erweiterung der Eskalation geführt. So liefen bei einer Schlägerei zwischen zwei Personen sofort mindestens acht Polizisten auf die beiden Konfliktparteien zu und schlugen sofort zu, anstatt die Parteien voneinander zu trennen. Dies führte im Weiteren dazu, dass sich sofort eine Menschentraube um die Situation bildete, die durch das unangemessene Verhalten der Polizei stark provoziert wurde. Hierbei ist zu betonen, dass die Besucher dieser Veranstaltung zwischen 13 und 20 Jahren alt waren und dementsprechend die Polizei eher ihren Pflichten im Jugendschutz hätte nachkommen sollen, anstatt Kinder zu verprügeln.

Ebenfalls waren Zivilpolizisten anwesend, die eindeutig die Gefahrensituationen verschärften, indem sie sich nicht als Beamte zu erkennen gaben bei den Schlägereien mitmischten und somit die Situation weiter "anheizten". In diesem Zusammenhang wurde ein Jugendlicher festgenommen, als er unwissentlich bei einer Schlägerei, an der auch Zivilpolizisten beteiligt waren, zu schlichten versuchte.

Er wurde bei seiner Festnahme unverhältnismäßig hart abgeführt, obwohl er friedlich war und dies auch mehrmals betonte. Des Weiteren wurde er dazu gezwungen, vor den Beamten niederzuknien und in dieser Position während seiner ganzen Vernehmung zu verharren. Jugendlichen, die diese Maßnahmen kritisierten, wurden schriftliche Platzverweise für die gesamte Innenstadt erteilt.

Insgesamt ist also festzuhalten, dass die Art des Einsatzes der Polizei dieses Jahr vollkommen unangemessen war und scharf zu kritisieren ist, da er anstatt zur Deeskalation beizutragen, eher die Verschlimmerung der Lage förderte.

H. N.

Hans-Ulrich Treichel

Menschenflug



"Fahr trotzdem nach Celle. Wenn du jetzt nicht fährst, fährst du nie mehr hin." Stephan folgt dem Rat seiner Frau und fährt, um in der niedersächsischen Provinz seinen seit 60 Jahren vermissten Bruder aufzuspüren.

Für uns Grund genug, den neuen Roman "Menschenflug" von Hans-Ulrich Treichel vorzustellen.

Der "(Anti-)Held" des Romans agiert aus einer biographischen Nähe zu Treichel selbst. Wie dieser ist er Anfang 50, wie dieser als Universitätsdozent Angehöriger der neuen, gut situierten Mittelschicht, wie dieser hatte er mit einem Roman einen Achtungserfolg. Und bei dem Roman handelt es sich eindeutig um Treichels Erzählung "Der Verlorene". Dort ging es um die Traumatisierung einer Flüchtlingsfamilie, deren erstgeborener Sohn in den Wirren der Flucht im Jahr 1945 "verloren" gegangen war, erzählt aus der Sicht des in den 1950er Jahren Zweitgeborenen. Jetzt macht sich dieser selbst auf die Suche nach dem "vermissten" Bruder.

Stephan wird den Lesern vorgestellt als 52-jähriger Akademischer Rat für Deutsch als Fremdsprache in Berlin, der sich für ein Jahr räumlich von Frau und Stieftöchtern getrennt hat, weil er aus der Distanz heraus eine Art Lebensbilanz ziehen will. Dass er dabei im Sinne eines freudianischen Durcharbeitens, seine Frau ist Psychoanalytikerin, wieder auf die Geschichte seiner Herkunftsfamilie stößt, ist fast zwangsläufig. Sein Vorhaben einer Reise ins elterliche Bryszcze gibt er schnell auf, als ihm klar wird, dass es das Wolhynien seiner Eltern nicht mehr gibt. Die Wiederaufnahme der Recherchen seiner Eltern führt ihn auf eine Spur, die ihn seinen Bruder in Celle vermuten lässt. Seine Schwestern halten im Unterschied zu ihm wenig von einer späten Familienzusammenführung, mögliche nachträgliche Erbensprüche wiegen für sie schwerer.

Die Fahrt nach Celle führt die Leser dann nicht in die Altstadt, sondern in einige, direkt im westlichen Bahnhofsbereich liegende Straßen. Für Ortskundige unschwer zu erkennen, lebt der Mann, von dem Stephan annimmt, er könne sein "verlorener" Bruder sein, im "Allergarten". Dass und warum sich das Tor, an dem Stephan dann zu rütteln meint, sich nicht öffnen lässt, soll hier nicht verraten werden. Die Reise in die Vergangenheit der Herkunftsfamilie endet schließlich bei einem traurigen Vertriebenentreffen von Wolhyniendeutschen in Uelzen, wo Stephan den Tisch für jene aus Bryszcze leer vorfindet. Dass er sich nicht dorthin setzen will, steht am Ende gewissermaßen exemplarisch für jene in den 1950er Jahren geborenen Kinder von Flüchtlingen

und Vertriebenen, denen die "Heimat" der Eltern fremd bleiben musste und eine manchmal irritierende Leerstelle hinterließ.

Sein Schreiben bilanzierend bemerkt Stephan angesichts des beunruhigenden, um Verlust Erfahrungen kreisenden Erfolgsromans, dass er gern einmal "einen heiteren Roman" geschrieben hätte. Und so merkwürdig es angesichts der thematischen Schwere klingen mag: "Menschenflug" ist von einer - wenn auch morbiden - Heiterkeit getragen. Viele Situationen des Romans sind in ihrer skurrilen Tristesse einfach komisch geschildert, und sie geben einen Einblick in die Befindlichkeiten der zum Bildungsbürgertum gewendeten 68er. Satirisches Format haben etwa die Überlegungen des wenig ambitionierten Akademischen Rates, ob und wie er sich in den Diskurs über "die Krise des Deutschen als Fremdsprache" einmischen könnte: "Er war schon vor zwanzig Jahren meinungslos gewesen, als im internen Schriftverkehr des Instituts die Praxis eingeführt wurde, an alle möglichen Worte ein Innen anzuhängen. DozentInnen. SeminarteilnehmerInnen. Damals hatte er sich nicht eingemischt. Heute würde er sich erst recht nicht einmischen. Das Problem DaF und Gender war seines Erachtens eine genderinterne Angelegenheit. Er betrachtete sich aber nicht als genderintern." Wie sich mit erzählerischer Leichtigkeit Problemlagen kenntlich machen lassen, zeigt sich in der Beschreibung des Vertriebenentreffens. Als sich schließlich doch noch eine junge Frau an den Bryszcer Tisch setzt, vermutet Stephan in ihr eine Wolhynische Schönheit, aber sie erweist sich als Angestellte des Catering Service.

Hans-Ulrich Treichel: "Menschenflug", Suhrkamp, Frankfurt/Main 2005,

ISBN 3-518-41712-6, gebunden, 240 Seiten, 17,80 Euro.



Gerd Bedszent: "Meuterei vor Troja"



Dem Krieg die Maske von der Fratze gerissen

Denkt mensch an den trojanischen Krieg, denkt er sofort an schlaue Kriegslist und Heldentum.

Bei Bedszent spielt all das keine Rolle, vielmehr verkehrt er die Überlieferung, um ein realistischeres Bild von dem antiken Völkergemetzel zu zeichnen. Statt ein ruhmreicher Odysseus ist es der plumpe Haudrauf-Brutalo, der den griechischen Truppen vorsteht und statt dem nahezu unverwundbaren Recken Achilles ist es ein fieser Opportunist, der dem Griechen zur Seite steht.

Der Autor beschreibt das Grauen, das blutige Gemetzel, die Sinnlosigkeit ... kurz: das wahre Gesicht vom Krieg.

In dem Roman finden sich wahre Helden, eben jene, die genug von Greul und Morden in der Fremde haben und nach Hause wollen. Es formiert sich Widerstand gegen die Kriegstreiber. Diejenigen, die trotz rücksichtsloser Verfolgung die Hoffnung nicht aufgeben, versuchen dem Völkergemetzel zu entfliehen.

Neben der Beschreibung des unmittelbaren

Kriegsgeschehens schweift der Autor immer wieder ab in Geschichten rund um Mystik, Götter, Helden, und Kulte im alten Griechenland. Die historisch dünne Quellendecke (Homer: "Lied der Ilias" und die "Odyssee") brachte den Autor dazu, nicht überliefertes durch den freien Lauf seiner Phantasie zu ersetzen, um das gezeichnete Bild zu komplettieren. Das tut er, indem er verschiedene Charaktere in den unterschiedlichsten Völkern und Kriegsparteien beschreibt und ihr Schicksal nachzeichnet.

Bedszent stellt auch mittels Visionen des sterbenden Arztes Machaon direkte Bezüge zum Kriegsgeschehen heutiger Tage her, um gegen den Krieg, welcher sein wahres Gesicht im Laufe der Zeit nicht geändert hat, generell Stellung zu beziehen.

Bei "Meuterei vor Troja" handelt es sich um ein düsteres, blutrünstiges Abbild von einem Völkerkrieg, der so oder ähnlich tatsächlich stattgefunden haben kann. Es wird schonungslos das Grauen des Krieges offenbart. Falls Mensch geneigt ist, sich dieses anzutun, erlebt er aber auch spannende Abenteuer und einen Einblick in die antike Gesellschaft.

Lesenswert und angesichts heutiger Kriegstreiberei schwer aktuell.

trafo - Verlag, ISBN 3-89626-478-8

Gila Lustiger: "So sind wir"



Wieder einmal hat ein Verlag mit dem Klappentext einem Buch einen Bärendienst erwiesen: Lustigers Buch ist mitnichten eine Historie der europäischen Jüdinnen und Juden im Fokus der Saga einer konkreten Familie.

Vielmehr geht es buchstäblich um UNS, die ZeitgenossInnen, die Heutigen. Was geht uns die Geschichte einer Familie, auch einer jüdischen, an, wenn sie keinen Bezug herstellt zum Hier und Jetzt?

Unaufdringlich aber rücksichtslos erzählt die Autorin (Jahrgang 1963) von sich selbst, anfänglich noch von den eigenen Entdeckungen der persönlichen Geschichte als - auch - einer Verstricktheit in die grausame Geschichte der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Zunehmend entfaltet sich jedoch eine Geographie der individuellen Nachdenklichkeit, denn eine Mutter ist uns immer die 'besondere' Figur im

Leben und danach zufällig Jüdin; -

ein Vater ist zuerst die 'eindrucksvolle' Persönlichkeit für jedes Kind und anschließend die -öffentliche - Person als Auschwitz-Überlebender; die Großeltern können zuerst als die individuell bekannten, konkreten Menschen und danach als Mitglieder der Hagana befragt werden: "... Habt ihr denn die Araber nicht gesehen, 50 Jahre die Palästinenser um euch einfach nicht wahrzunehmen vermocht, wie habt ihr das geschafft.."

Und eine kleine Schwester, das ist zunächst einmal die heißgeliebte Nervensäge und dann ein Mensch, der sich souverän entscheiden kann, ob die Geschichte des europäischen Judentums überhaupt ein Thema für das eigen Leben sein MUSS. "So sind wir" ist eine sinnliche Erfahrung: es geht um Gerüche, um kleine Bilder, Erinnerungsschnipsel und Traumsequenzen: - dieses Buch ist so etwas wie ein halbiertes Interview. Auf dem Papier finden wir die die Fragen eines abwesenden Interviewers beantwortet. Plappernd und reflektierend geht es natürlich auch um Politik und Ethik: " Das ist Dialektik allerjüdischster Machart. These: Gott ist tot. Antithese: Na, vielleicht lebt er doch. Synthese: Selbst wenn er tot ist, kann Hoffnung nicht schaden" "Diese Tatsache, dass Israel von Überlebenden und nicht nur von Zionisten und Ideologen und ihrem politischen Determinismus geschaffen

worden ist, wird in Israel gerne vergessen."

Konsequenterweise geht die Autorin nach gut zwei Dritteln ein großes Wagnis ein: Gegenstand der Betrachtung ist nun nicht mehr Geschichte, weder die eigene, die kleine, noch die große, die Historie der Welt, - Thema wird nun vielmehr die Geschichte des Buches selbst:

Wir kennen alle diese Situation: ach, hättest du doch da und dort schneller die richtigen Worte, die passende Antwort parat gehabt... und eine solche Situation evoziert Lustiger und spinnt sich zurück in einen anödenden Smalltalk auf einer langweiligen Party, um sich selbst als Person zurück-zu-erfinden, um sich Ausdruck zu verschaffen, Gedanken frisch zu formulieren und zu fragen; immer wieder zu fragen.

Und zwar den interessantesten Menschen, den es für einen jeden gibt: sich selbst.

Dieses Buch ist keine Lektüre, sondern eine spannende Wanderung im Geiste, wir finden Melancholisches und Brutalität, Witz und gnadenlose (Selbst-) Kritik und natürlich auch einen Haufen geschichtlicher Fakten, wir finden Ausweglosigkeit und Zuversicht.

Dieses Buch ist eine Übung in Sachen Menschlichkeit. GEPUNKT

G. Lustiger: "So sind wir", Berlin Verlag 2005
260 Seiten, 18

Das jüdische DP-Camp Belsen 1945-1948

"Öffnet die Tore von Erez Israel!"



Schon im Vorfeld der geplanten Erweiterung der Gedenkstätte Bergen-Belsen um die Geschichte des DP-Camps gibt es einige Veröffentlichungen über das Leben der Überlebenden im Land der Täter. Aufsätze von Thomas Rahe, Angelika Königseder und Rainer Schulze in den >Dachauer Hefte[n]< beschreiben das Lager für die so genannten Displaced Persons sich in Belsen in seinem vielfältigen kulturellen und sozialen

Leben, skizzieren die Verwaltung, Bildungseinrichtungen, Polizei, Gerichtsbarkeit, Theatergruppen, Parteien.

Vor kurzem ist zudem ein Quellenband zum offiziellen Organ des Jüdischen Zentralkomitees in Belsen, Unzer Szytme, erschienen (siehe revista Nr. 25). Auf Basis der Artikel dieser Zeitschrift hat jetzt die Historikerin Nicola Schlichting den Kampf der Shoa-Überlebenden für ihre Auswanderung nach Palästina und das konfliktrichtige Verhältnis zu den britischen Befreiern untersucht.

"Öffnet die Tore von Erez Israel" ist der Titel der kleinen, im Nürnberger Antogo-Verlag erschienenen Monografie. "Erez Israel", das ist der unter Juden gängige Name für Palästina vor der israelischen Staatsgründung. Und der Titel markiert die zentrale Orientierung und Perspektive der meisten jüdischen DPs im Lager Belsen. Die Zeitschrift "Unzer Szytme" war dabei Propagandist nach innen und nach außen. In die eigenen Reihen versuchte das Blatt, wie Schlichting zeigt, Argumente für die Auswanderung nach Palästina zu vermitteln, nach außen - und das heißt gegenüber der britischen Politik - gerieten die Leitartikel zu Kommuniqués des Jüdischen Zentralkomitees.

Es ist spannend nachzuvollziehen, wie die Dankbarkeit

der Überlebenden gegenüber den britischen Befreiern noch im Jahr 1945 in Unzufriedenheit, ja Hass umschlägt. Großbritannien war bis Mai 1948 Besatzungsmacht in Palästina und in der Ausrichtung seiner Nahostpolitik im Unterschied zu den USA gegen eine uneingeschränkte Einwanderung europäischer Juden. Neben der knappen Beschreibung der >großen Linien< der Politik gelingt es der Autorin über die Analyse der Kommentare und Berichte der Camp-Zeitschrift, die Wünsche, Hoffnungen, Ziele und Forderungen der jüdischen DPs - auch in ihrer ganzen Emotionalität - verständlich zu machen.

Überraschend, aber vor dem Hintergrund der internationalen Politik nachvollziehbar, ist z.B. der Wandel der Argumente, die für die israelische Staatsgründung vorgebracht werden. Anfangs gingen die Überlebenden mit einer gewissen Selbstverständlichkeit davon aus, dass die internationale Politik die Schaffung eines jüdischen Staates angesichts der Shoa als moralische Pflicht sehen würde. Als diese Hoffnung sich als illusionär erwies, wechselte man argumentativ auf das diplomatische Terrain, bezog sich z.B. auf die Balfour Declaration aus dem Jahr 1919, in der das britische Außenministerium "die Schaffung einer nationalen jüdischen Heimstätte in Palästina" in Aussicht gestellt hatte.

Nicola Schlichtings Untersuchung bietet nicht nur eine Analyse der besonderen Situation, der DPs in der britischen Zone hinsichtlich ihrer Auswanderungspläne ausgesetzt waren, sondern beschreibt eben auch, mit welchen journalistischen (und politischen) Mitteln versucht wurde, auf die britische Politik Einfluss zu nehmen. Welchen Einfluss ein Medium wie "Unzer Szytme" dabei tatsächlich haben konnte, lässt die Autorin aber weitgehend ungeklärt - als Mittel der Selbstverständigung, das wird deutlich, darf die Zeitschrift aber nicht unterschätzt werden.

Nicola Schlichting: >Öffnet die Tore von Erez Israel!< Das jüdische DP-Camp Belsen 1945-1948. Nürnberg 2005. 107 Seiten, 10,80 Euro - ISBN3-9806636-9-8.

Termine im Kino **achteinhalf:**



**Kino achteinhalf, Gelände der CD-Kaserne neben dem Bunten Haus,
Hannoversche Str. 30, Celle
Wenn nichts anderes erwähnt wird, immer Freitags, Beginn:
20.30 Uhr
Eintritt: 4,50 EUR**

02.09.; Willenbrock

BRD 2005, Länge: 108 Minuten, Regie: Andreas Dresen,
Darsteller: Andrzej Szopa als Jurek, Wladimir Tarasjanz als Krylow, Inka Friedrich als Susanne Willenbrock, Axel Prahl als Bernd Willenbrock, Anne Ratte-Polle als Anna, Christian Grashof als Maler Waldersee, Tilo Prückner als Fritz, Dagmar Manzel als Vera,

Ein Magdeburger Autohändler, der sich im wiedervereinten Deutschland gut eingerichtet hat, verliert unerwartet den sicher geglaubten Boden unter den Füßen. Als ihn russische Einbrecher überfallen, seine Ehe in die Brüche geht und die Geliebte eigene Wege beschreitet, steht er vor den Trümmern seines Lebens. Drama eines (ost-)deutschen Schicksals, das durch seine lebensnahen Figuren ebenso überzeugt wie durch den sozialen Realismus seiner Geschichte.

03.09.; SeeGeschichten:

Lesung in KUNST&BÜHNE mit Peter Kaempfe vom TAB

09.09.; Die Tiefseetaucher

USA 2004, Länge: 118 Minuten, Regie: Wes Anderson,
Darsteller: Seu Jorge als Pelé dos Santos, Noah Taylor als Vladimir Wolodarsky, Cate Blanchett als Jane Winslett-Richardson, Owen Wilson als Ned Plimpton, Willem Dafoe als Klaus Daimler, Michael Gambon als Oseary Drakoulis, Anjelica Huston als Eleanor Zissou, Bill Murray als Steve Zissou, Jeff Goldblum als Alistair Hennessey, Bud Cort als Bill Ubell. Ein alt gewordener Meeresforscher und -filmer verbindet sein mühsam zustande gekommenes neues Projekt mit einem Rachefeldzug gegen einen Hai, der seinen Weggefährten gefressen hat, und findet auf der Reise zu sich selbst. Aus einer Mischung von Familiengeschichte, Vater-Sohn-Drama und Abenteuerfilm destillierte leise Komödie, die mittels einer betont billigen, gleichwohl aber sehr überlegten Machart diese Genres nicht nur karikiert, sondern auch deren oft künstlichen Charakter dekonstruiert.

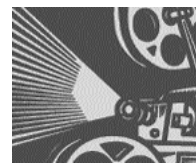
10.09.; Kassandra von Christa Wolf:

Lesung in KUNST&BÜHNE mit Anke Engelsmann vom BE und TAB

16., 17., 18.09.; Das Meer in mir - in Kooperation mit der Hospiz-Bewegung

Spanien/ Italien 2004, Regie: Alejandro Amenábar,
Darsteller: Tamar Novas als Javi, Mabel Rivera als Manuela,

Clara Segura als Gené, Joan Dalmau als Joaquín, Francesc Garrido als Marc, Belén Rueda als Julia, Lola Dueñas als Rosa, Javier Bardem als Ramón Sampedro, Alberto Jiménez als Germán, Celso Bugallo als José.



Der Film beruht auf der Lebensgeschichte von Ramón Sampedro, der, durch einen Unfall vollständig gelähmt, jahrelang juristisch und in Publikationen für das Recht kämpfte, seinem Leben ein Ende setzen zu dürfen, was er schließlich mit Hilfe einer Freundin auch tat. Sampedro erscheint im Film als sympathischer Mensch, dessen Kampfgeist in seltsamem Widerspruch zu seiner Todessehnsucht zu stehen scheint. Insgesamt plädiert das Porträt dieses Mannes dafür, dass es jedem Menschen zustehe, selbst über sein Leben und seinen Tod zu entscheiden, zeigt aber auch Gegenpositionen, weshalb der Film kein Manifest für Euthanasie ist, sondern vielmehr ein Versuch, sich auf differenzierte Weise dem Thema der aktiven Sterbehilfe zu stellen.

23., 24.09.; Maria voll der Gnade

Kolumbien/ 2003, Regie: Joshua Marston,
Darsteller: Virginia Ariza als Juana, Johanna Andrea Mora als Diana, Wilson Guerrero als Juan, Orlando Tobon als Don Fernando, John Alex Toro als Franklin, Yenny Paola Vega als Blanca, Catalina Sandino Moreno als Maria, Guilied Lopez als Lucy, Patricia Rae als Carla Aristizábal

Eine 17-jährige Kolumbianerin versucht den deprimierenden Lebensbedingungen auf dem Lande zu entkommen, indem sie für ein Drogenkartell Rauschgift nach New York schmuggelt. Erstlingsfilm, der nach dem Vorbild der neorealistischen Schule Beobachter und Zeuge eines persönlichen Schicksals sein will. Dank einer immens ausdrucksfähigen Hauptdarstellerin und einer selbstsicheren, auf dramatische Effekte verzichtenden Inszenierung erreicht der Film sein Ziel der Humanisierung einer hochpolitischen Situation.

30.09.; Darwins Alptraum

DARWIN'S NIGHTMARE (Originaltitel),
Land: Frankreich/ Österreich/ Belgien 2004,
Dokumentarfilm, Länge: 111 Minuten, Regie: Hubert Sauper, B (Drehbuch) Hubert Sauper,
Dokumentarfilm über das fatale Zusammenspiel von Ökonomie und Ökologie, das das Leben am Victoriasee in Tansania auf kurz oder lang zerstören wird. Das Ansiedeln von Barschen, die als Speisefisch nach Europa und Japan exportiert werden, und die damit einhergehende Industrie haben zwar kurzfristig Arbeitsplätze geschaffen und Devisen eingebracht, zerstören aber langfristig das ökologische Gleichgewicht des Binnengewässers sowie alte soziale Strukturen. Der Film zeigt diese Konsequenzen mit schonungsloser Offenheit und beschreibt differenziert die komplizierten Zusammenhänge zwischen so unterschiedlichen Dingen wie dem Fischfang, AIDS und Waffenschmuggel. Dabei entsteht ein Bild von erschreckender Düsternis. (O.m.d.U.)

TERMINE

Sa. 17.09.2005, 20:00 Uhr

Kunst & Bühne, Celle, Nordwall 46
Holbaek/Dänemark
Jazzcombo
Eintritt: 7,00 / 11,00

Fr. 23.09.2005, 19:00 Uhr

CD-Kaserne Celle
Basta
"Commander X und die anderen Vier -
schönen guten Abend, wir sind wieder
hier!"

Fr. 23.09.2005, 22:00 Uhr

UJZ-Kornstrasse, Hannover
DIRTCHAMBER
Tanzwütige Menschen und elektroni-
sche Musik ergänzen sich hervorragend.
Die Korn bietet daher nach gelungenem
Auftakt zum zweiten Mal einen Ort für
elektronische Bretter, die die Welt
bedeuten.

Sa. 24.09.2005, 20:00 Uhr

Kunst & Bühne, Celle, Nordwall 46
Teufel in Strapsen!
Musikalisches Kabarett von und mit
Beate Rademacher
Eintritt: 7,00 / 11,00

Sa. 24.09.2005, 22:00 Uhr

UJZ-Kornstrasse, Hannover
Batcave, Deathrock, Goth-Rock. Guitar-
Wave, Post-Punk, Minimal und Punk
mit den JAN ENDZEIT und NORA

Sa. 01.10.2005, 21:00 Uhr

CD-Kaserne Celle
Jailbreaker
Die Band gilt als eine der besten
AC/DC- Coverbands Europas und feiert
in diesen Tagen bereits ihr 10-jähriges
Bestehen
Eintritt: 10,90 / 12,00

Sa. 01.10.2005, 20:00 Uhr

Kunst & Bühne, Celle, Nordwall 46
"Du bleibst da! Und zwar sofort!"
Ein Karl-Valentin-Abend mit Arno
Hermer
Eintritt: 7,00 / 11,00

So. 02.10.2005, 21:30 Uhr

CD-Kaserne Celle
Le Freak Party
Come together!!! We are ONE!!! DIE
ORIGINAL Le Freak Party mit DJ
Raymond S. & DJ Gaz
Die Party als Andenken an den legendä-
ren Club "Le Freak" in Celle.

Fr. 07.10.2005, 20:00 Uhr

Kunst & Bühne, Celle, Nordwall 46
MICHAEL SEUBERT NEW TANGO
TRIO
Michael Seubert (8-saitige klassische
Gitarre), Konstantin Raptis
(Bandoneon) und Karsten Gohde
(Querflöte) mit eigenen
Tangokompositionen.
Eintritt: 7,00 / 11,00

Sa. 08.10.2005, 20:00 Uhr

Kunst & Bühne, Celle, Nordwall 46
Rena Schwarz - "Ja.genau!"
Mal hintergründig, mal umwerfend tref-
fend spielt und singt sich Rena Schwarz
durch Alltagsgeschichten.
Eintritt: 7,00 / 11,00

Fr. 14.10.2005, 21:00 Uhr

CD-Kaserne Celle
The German Boss
"Bruce Springsteen Tribute"
Seit 1999 touren sie erfolgreich durch
Europa und präsentieren ihr mehrstündi-
ges Springsteen-Programm mit allen
Hits des Mannes aus New Jersey.
Eintritt: 9,90 / 11,00

Rick's Café Treffpunkt für Migranten

"Rick's Cafe" in Casablanca war ein
Treffpunkt für Flüchtlinge aus Nazi-
Deutschland - 60 Jahre später leben
Flüchtlinge in Deutschland, die um
ihre Rechte kämpfen. Das Café für
MigrantInnen im Bunten Haus findet
zunächst einmal im Monat statt und
soll zum Austausch von
Informationen, zum Plaudern, Kaffee-
und Teetrinken, Musikhören dienen.
Es gibt einen freien Internet-Zugang.
Willkommen sind nicht nur
MigrantInnen, sondern auch alle, die
sich ihnen solidarisch fühlen.

Buntes Haus, Hannoversche Str. 30 f
auf dem Gelände der CD-Kaserne,
hinten links, jeden 2. Montag im
Monat, 16.00 - 19.00 Uhr

Die nächsten Termine:
12.9., 10.10., 14.11.2005

Sa. 15.10.2005, 20:00 Uhr

Kunst & Bühne, Celle, Nordwall 46
"So dumm kommen wir nicht mehr
zusammen"
PODEWITZ, das ultimative Quassel-
Duo aus Bremen mit seinem neuen
Programm, einer szenenreichen Tratsch-
Parade mit faselhaften Formulierungen
und eingebauter Phrasenheizung.
Eintritt: 7,00 / 11,00

Sa. 15.10.2005, 20:00 Uhr

CD-Kaserne Celle
Alles Tapete!
Die Retro-Concert-Comedy-Party
Konzert: MAMBO KURT - the Return
of the Alleinunterhalter!

Erinnerungspolitik

Wie in Celle mit dem Nationalsozialismus umgegangen wurde

Die "zweite Geschichte des Nationalsozialismus" nennt Peter Reichel das gesellschaftliche Erinnern und Vergessen nach 1945. Welche Besonderheiten gibt es in einer Stadt wie Celle? Wie verlief die politische Auseinandersetzung auf lokaler Ebene? Welche Formen öffentlicher Erinnerungskultur prägten die letzten 60. Jahre? Wie entwickelte sich die lokalgeschichtliche Forschung? Dabei geht es nicht allein um das Wie der "Vergangenheitsbewältigung", sondern auch um die gesellschaftlichen Bedingungen der Auseinandersetzung.

Vortrag von Reinhard Rohde in der Reihe "Akademie am Vormittag" in der Ev. Familienbildungsstätte in der Fritzenwiese am Montag, den 7.11., um 10 Uhr, Gebühr: 5 Euro.

TERMINE

Comedy: Mr. Herr undzuvon Kuddel: Auch er ist bereits eine Legende seid dem 70'er Jahre Festival!

Party: StereoPaul: Der wahre Schallplattenunterhalter! Funk & Soul der 70's!

Alles zusammen: die unvergessliche Retro-Concert-Comedy-Party in wahrhaftiger Retro-Tapeten-Athmosphäre!
Eintritt: 7,90 / 9,00

Fr. 21.10.2005, 20:00 Uhr

CD-Kaserne Celle
Red Hot Chili Bastards

Die Red Hot Chili Bastards überzeugen seit 3 Jahren mit einem Set schärfer als ihre Vorbilder. Deswegen wurden Sie auch schon mehrmals für Red Hot Chili Peppers After Show Partys gebucht.
Eintritt: 9,90 / 11,00

Sa. 22.10.2005, 20:00 Uhr

Kunst & Bühne, Celle, Nordwall 46
ULI MASUTH - "Glaube, Hoffnung, Triebe"

Ein Kabarettabend mit Klaviermusik. Ohne Gesang. Politisch.
Eintritt: 7,00 / 11,00

Sa. 22.10.2005, 20:00 Uhr

CD-Kaserne Celle
Fools Garden

Die Herbsttour wird neben dem neuen Songmaterial auch mit einem Querschnitt durch alle sechs Fools

Garden-Alben führen.
Eintritt: 13,40 / 15,00

So. 23.10.2005, 10:00 Uhr

Findelhof, Bockelskamp
Flohmarkt

Sa. 29.10.2005, 20:00 Uhr

CD-Kaserne Celle
Flamenco Nacht Celle 2005
Drei unterschiedliche Flamenco-Formationen präsentieren den Flamenco in all seinen Ausprägungen.

Sa. 29.10.2005, 20:00 Uhr

Kunst & Bühne, Celle, Nordwall 46
DER RENTNER
Peter Freeman mit einem weiteren Stück aus eigener Feder:
Eintritt: 7,00 / 11,00

Mi. 09.11.2005, 15 Uhr

Rundgang, Celle im
Nationalsozialismus
Synagoge, Im Kreise
Schon traditionell findet am 9. November, zur Erinnerung an den Jahrestag der Reichspogromnacht, ein Stadtrundgang zur Geschichte Celles im Nationalsozialismus statt. Beginn ist um 15 Uhr an der Synagoge, Im Kreise. Der kostenlose Rundgang dauert etwa zwei Stunden und endet an dem Mahnmal für die Opfer des Massakers vom 8. April 1945 in den Trifftanlagen.

Donnerstag, 22.9., 20 Uhr, Buntes Haus

NEUE WUT

Dokumentarfilm von Martin Kessler

Das social forum celle zeigt am Donnerstag, den 22.9. um 20 Uhr den 90-minütigen Dokumentarfilm "Neue Wut". Worum geht es: Montagsdemos gegen Hartz IV oder der Arbeitskampf bei Opel. Es sind Wut und Angst, die die Menschen treiben: Wut über die schamlose Bereicherung bei "denen da oben" und immer neue Einsparungen "bei denen da unten". Und die Angst, sozial abzustürzen. Engültig. Im Mittelpunkt des Films stehen die Arbeitslose Barbara Willmann, der Opelarbeiter Paul Fröhlich, die Attac-Aktivistin Pedram Shahyar und Werner Halbauer sowie Andreas Ehrholdt, Initiator der Montagsdemos gegen Hartz IV, u.a. "NeueWUT" erzählt die "wahre Vorgeschichte" der vorgezogenen Bundestagswahlen und wie es weitergeht, wenn der Sozialstaat weiter abgebaut wird. Und wie eine andere Politik aussehen könnte.

Bei gutem Wetter wird der Film Open-Air vor dem Bunten Haus, bei Kälte und/oder Regen im Kreativraum gezeigt. Es wäre schön, wenn jedeR ZuschauerIn 3 Euro zahlen würde, weil die dem Produzententeam überwiesen werden sollen.

Ständige Termine:

Arbeitskreis "Eine Welt"

jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstrasse 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Di - Fr: 10-17 Uhr

Sa: 10 -13 Uhr

AK Ausländer

jeden 4. Mo. im Monat
18.00 Uhr Urbanus-Rhegius-Haus, Fritzenwiese

Termine im Bunten Haus:

(CD-Kaserne
hinten links Halle 12)
Hannoversche Str 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Fahrradwerkstatt:

jeden Mi. ab 19 Uhr

Antifa-Café:

jeden 1. Mi. im Monat, 19.00 Uhr

Archiv

jeden Do., 17-19 Uhr

KDV-Beratung

jeden Do., 17-19 Uhr

Erwerbslosenini Celle

Individuelle Hilfe bei Problemen mit dem ALG II
jeden Do., 17-19 Uhr

Rick's Café

Café-Termin von und für MigrantInnen
2. Mo. im Monat 16 - 19 Uhr

Plenum

jeden Do. 19 Uhr

Volxküche

jeden So. 18 Uhr

Forum gegen Atomenergie

jeden 1. Di. im Monat, 20.00 Uhr

Social Forum Celle

Jeden 2. + 4. Do. im Monat,
20.00 Uhr